



MARGARETHA
LUPAC
STIFTUNG

für Parlamentarismus
und Demokratie

Margaretha Lupac

Mein Parla ment

Tätigkeitsbericht
2004–2014



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

IMPRESSUM

*Herausgeberin, Medieninhaberin,
Herstellerin:*

*Parlamentsdirektion
Dr.-Karl-Renner-Ring 3 3,
1017 Wien, Österreich*

Redaktion:

*Barbara Blümel,
Susanne Janistyn-Novák,
Susanne Roth*

Grafische Gestaltung:

modularplus.com

Externes Lektorat:

wortdiamant.at

Druck:

Druckerei Berger

Wien, im Februar 2015



Margaretha Lupac

Mein Parlament

Tätigkeitsbericht
2004–2014





Vorwort

Doris Bures	5
Heinz Fischer	6
Manfried Welan	7
Susanne Janistyn-Novák	8

Selbstbewusstes Frauenleben im 20. Jhd.

Typisches Frauenleben – Österreich im 20. Jahrhundert	10
Margaretha Lupac – Eine kleine große Frau	12

Teilhabe und Mitbestimmung

Was können gemeinnützige Stiftungen zur Stärkung der Bürgergesellschaft beitragen?	15
Zum Stiften anstiften	17

DEMOKRATIE- UND WISSENSCHAFTSPREIS

Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft In Erinnerung an Barbara Prammer	20
--	----

Abgeordnete

Verantwortung für eine bessere Gesellschaft	
Jurymitglied Manfried Welan	22
Die Preisträger und Preisträgerinnen	24

Zu den Preisen zur Parlamentarismus-Forschung

Jurymitglied Sonja Puntscher Riekmann	26
Die Preisträger und Preisträgerinnen	28

„There’s no free lunch“

Vom Umgang mit Medien und Demokratie

Jurymitglied Alexander Wrabetz	30
Die Preisträger und Preisträgerinnen	32

Arbeit im Sinne der Gemeinwohlverantwortung

Jurymitglied Brigitte Bierlein	36
Die Preisträger und Preisträgerinnen	38

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als gesellschaftliche Herausforderung

Jurymitglied Oliver Rathkolb	39
Die Preisträger und Preisträgerinnen	41

Stimmen der PreisträgerInnen	46
------------------------------------	----

Kunstankäufe

Zur zeitgenössischen Kunst im Parlament	63
---	----

Statistik

Die Preisträger und Preisträgerinnen	68
Kuratoriumsmitglieder	69
Jury-Mitglieder	71
Kunstankäufe, Publikationen	72

Fotonachweis	73
--------------------	----





DORIS BURES

*Präsidentin des Nationalrates
Vorsitzende des Kuratoriums
der Margaretha Lupac-Stiftung*



VORWORT

Zehn Jahre Demokratiepreis der Margaretha Lupac-Stiftung

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Die 1910 geborene Margaretha Lupac hat beide Weltkriege und die Schrecken totalitärer Regime erlebt und war sich dessen mehr als bewusst. Ihre persönlichen Erfahrungen, gepaart mit einer zutiefst demokratischen Haltung, haben dazu geführt, dass das Parlament als Haus der österreichischen Demokratie in ihr eine besondere Freundin gefunden hat. Rund 1,5 Millionen Euro hat sie nach ihrem Tod im Jahr 1999 dem Parlament hinterlassen – mit dem Zusatz, dass darüber nur verfügt werden könne, solange Österreich demokratisch sei.

Margaretha Lupac hat also auch gewusst, dass Demokratie keine Endstation ist, sondern ein sich im Fluss befindliches, wichtiges Gut, das mit Leben gefüllt werden muss, und der Pflege und Weiterentwicklung bedarf. Dazu braucht es BürgerInnen, die sich einbringen. Die mit dem Vermögen eingerichtete Stiftung ist mit ihrer Ausrichtung einzigartig in Österreich und zeichnet ebensolche BürgerInnen aus. Menschen, die mit ihren Projekten und Arbeiten dazu beitragen, Demokratie, Parlamentarismus, Toleranz und politischen Diskurs zu fördern und zu festigen. Zu diesem Zweck wird seit 2004 jährlich wechselnd der Demokratie- und der Wissenschaftspreis vergeben.

Die Bandbreite der bisherigen PreisträgerInnen ist dabei so bunt wie die Republik selbst – von jungen Menschen, die gemeinsam Zukunftsvisionen für unsere Gesellschaft erarbeiten, über Projekte mit und für MigrantInnen, wissenschaftliche Aufarbeitungen der NS-Zeit bis hin zu Initiativen zur Geschlechterdemokratie – ganz zu schweigen von den vielen wissenschaftlichen Arbeiten rund um das Thema Parlamentarismus, zu dem Einreichungen aus vielen verschiedenen Fachrichtungen und Ländern zu verzeichnen sind. Die Ausgezeichneten ergänzen sich in dem, was sie leisten: Gemeinsam übernehmen sie Verantwortung für Vergangenheit, Gegenwart und – was am wichtigsten ist – die Gestaltung der Zukunft unserer Demokratie.

Für Menschen, die – wie ich – leider nicht das Vergnügen hatten, Frau Lupac zu Lebzeiten kennen zu lernen, ist die Stiftung lebendige Erinnerung an eine bemerkenswerte Frau und glühende Demokratin. Ich denke, der Stiftungszweck entspricht ihrem Wesen und ihren Wünschen. Daher freue ich mich umso mehr, dass wir 2014 das zehnte Jubiläum des Margaretha Lupac-Preises feiern konnten und wünsche der Stiftung und dem Parlament noch viele weitere Jahre mit so würdigen und herausragenden PreisträgerInnen wie bisher.

Aus Respekt für die Lebensgeschichte

Im Dezember 2011 titelte Gerhard Steininger in den Salzburger Nachrichten: „Politisch‘ Lied muss im Advent nicht garstig sein“ und erzählte launig die Entstehungsgeschichte der Margaretha Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie.

Margaretha Lupac, eine Wienerin, war ohne Nachkommen und hatte in ihrem Testament verfügt, dass sie die Republik Österreich als Alleinerbin einsetze, da sie ihr Leben immer für die demokratische Republik Österreich gegeben habe. Das Vermögen sollte für Zwecke des Parlaments verwendet werden. Ihre Bedingung: Österreich muss demokratisch bleiben, damit das Parlament über das Vermögen verfügen kann.

Als Margaretha Lupac im Februar 1999 verstarb, hinterließ sie ein Vermögen von rund 1,5 Millionen Euro und für mich als damaligen Nationalratspräsidenten war die Entscheidung zu treffen, wie das Geld verwendet werden sollte.

Die Formulierungen im Testament, aber auch der Respekt vor der Lebensgeschichte Margaretha Lupacs – die 1910 geboren

die Entwicklung Österreichs von der Monarchie über das autoritäre Regime, der Hitler-Zeit bis zur heutigen Republik erlebt hat – waren Gründe, eine Stiftung einzurichten.

Im Zentrum der Margaretha Lupac-Stiftung stehen Parlamentarismus und Demokratie und die Förderung von Toleranz in der Auseinandersetzung mit Politik, Kunst und den gesellschaftlichen Entwicklungen.

In den vergangenen zehn Jahren wurden in diesem Sinn Demokratie- und Wissenschaftspreise ausgeschrieben und vergeben. Die Preisträgerinnen und Preisträger stehen für die Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements einerseits und andererseits für die wissenschaftliche Aufarbeitung der historischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen Österreichs. Die Ausgezeichneten sind damit Botschafterinnen und Botschafter des Stiftungszwecks.

Ich wünsche der Margaretha Lupac-Stiftung für ihre Arbeit weiterhin viel Erfolg und Beachtung.



HEINZ FISCHER

Bundespräsident

*2004 Mitglied im Kuratorium
der Margaretha Lupac-Stiftung*



VORWORT

Dienst an der Demokratie und am Parlamentarismus

MANFRIED WELAN

seit 2004 Jury-Vorsitzender der

Margaretha Lupac-Stiftung

Die Tatsache, dass ein Parlament zivilgesellschaftliche Leistungen für Demokratie und Parlamentarismus auszeichnet, ist bemerkenswert. Meines Wissens wird solches Engagement auf diesen Gebieten ausdrücklich nur durch das Parlament gewürdigt. Die Geschichte der Stifterin, die dahinter steht, macht diese Stiftung einzigartig. Als Wissenschaftler ist für mich die Auszeichnung von Forschungsleistungen eine Herzensangelegenheit, dass es aber das Parlament tut, ist auch für die mit Wissenschaftspreisen Ausgezeichneten etwas Besonderes. Nicht zu vergessen, dass mit den Preisen ein Geldbetrag in der Höhe von 15.000 Euro verbunden ist. In Zeiten wie diesen ermöglicht das Preisgeld weitere Initiativen, wie anhand des Engagements einiger Preisträgerinnen und Preisträger zu erkennen ist – lesen Sie darüber in dieser Broschüre.

Vor diesem Hintergrund ist mir als Vorsitzendem der Jury diese Arbeitshaltung wichtig, und ich verstehe diese als Dienst an der Demokratie und am Parlamentarismus. Die Einreichungen, die von den Jurymitgliedern zu beurteilen und zu bewerten sind, werden sehr differenzierten Diskussionen unterzogen. Die Diskussion, das Abwägen und die Entscheidung auf möglichst breiter Basis sind für mich im Zusammenhang mit dem Stiftungszweck wesentlich. Ich danke ganz besonders den Jurymitgliedern Brigitte Bierlein, Sonja Puntscher Riekman, Oliver Rathkolb und Alexander Wrabetz. Sie sind konstruktive Kolleginnen und Kollegen. Sie

zögern nicht, manchmal auch unbequeme Entscheidungen und eine unbequeme Auswahl zu treffen. Jeder Wettbewerb ist ein Entdeckungsverfahren. Wir haben auch einige Entdeckungen gemacht, die uns überrascht haben; wir waren immer neugierig und es gelang uns – wenn auch manchmal nach längeren Debatten – Übereinstimmung zu erreichen. Wir haben uns um Objektivität bemüht. Vor allem ging es uns um ein Humanum. In mancher Hinsicht könnte daher die Liste unserer Preisträgerinnen und Preisträger als Repräsentanz eines „Austro-Humanismus“ verstanden werden. Nicht jede und nicht jeder wird sich mit den Preisträgerinnen und Preisträgern identifizieren können. Das Bemühen um gute Ergebnisse wird man uns aber nicht absprechen können. Gerade Kriterien in Zusammenhang mit Bewerbungen wie „unbequem“, „kritisch“, „minderheitenfreundlich“, „den Finger auf die Wunde legen“, „gegen den Strom schwimmen“ sind Qualitätsmerkmale der Margaretha Lupac-Preise. Die Liste umfasst daher nicht nur klingende Namen, sondern auch wenig bekannte Initiativen, die lokal erfolgreich klare Ziele im Dienste der Demokratie verfolgen.

Ich wünsche mir daher, dass die Arbeit der Stiftung im Dienst der Demokratie, des Parlamentarismus und der Toleranz auch weiterhin gesehen und unterstützt wird. Mit der Teilnahme an den Ausschreibungen der Lupac-Preise beweisen Bewerberinnen und Bewerber immer auch Initiative und sind daher eine Ermutigung für uns alle.

Vom Wert und von der Bedeutung der Demokratie



**SUSANNE
JANISTYN-NOVÁK**

*Seit 2004 Geschäftsführerin
der Margaretha Lupac-Stiftung*

Die Entstehungsgeschichte der Margaretha Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie ist eine besondere. Im Sommer 1997 rief Margaretha Lupac im Büro des damaligen Nationalratspräsidenten Dr. Heinz Fischer an und teilte ohne Zögern mit, ihr Vermögen dem Parlament vererben zu wollen.

Dieses erstaunliche Anliegen der Wienerin, die im Wirtschaftsverlag gearbeitet hatte, wurde von ihr auch in einem Testament festgehalten. Einzige Bedingung: Österreich musste demokratisch sein. Sie hat diese außergewöhnliche Entscheidung damit begründet, dass im Parlament alle Parteien vertreten sind, die in Österreich Relevanz haben. In zahlreichen Telefonaten, aber auch Besuchen in ihrer Wohnung im 15. Wiener Gemeindebezirk, in der sie sich nicht einmal den „Luxus“ eines Eiskastens gönnte, konnte ich eine zierliche Frau kennenlernen, die ihre Heimat über alles schätzte. Als Jahrgang 1910 hatte sie die großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts und deren Auswirkungen unmittelbar miterlebt. Diese Erfahrungen festigten auch ihre Überzeugung vom Wert und von der Bedeutung der Demokratie.

Als Margaretha Lupac im Jahr 1999 verstarb, hinterließ sie ein Erbe von rund 1,5 Millionen Euro. Damit wurde die gemeinnützige Stiftung des Parlaments mit dem Ziel gegründet, Demokratie und Parlamentarismus zu festigen und Toleranz in der Auseinandersetzung mit Politik, Kunst und gesellschaftlichen Entwicklungen zu fördern. Wie die verstorbene Nationalratspräsidentin Mag.^a Barbara Prammer zum 100. Geburtstag von Frau Lupac festhielt, geht es in der Demokratie darum, „dass eine Gesellschaft bereit und fähig ist, sich mit Interessenskonflikten, mit denen sie konfrontiert wird, auch demokratisch zu befassen.“

Mit der Vielfalt der Preisträgerinnen und Preisträger seit dem Jahr 2004, die sich etwa mit Bildungsfragen auseinandersetzen, sich für Minderheitenpolitik engagieren oder sich mit den Grundlagen der Demokratie wissenschaftlich beschäftigen, erfüllt die Stiftung diese Anliegen. Sie will aber mehr: Nämlich jede/n Einzelne/n zu Initiativen im Sinne des Parlamentarismus und der Demokratie ermuntern.



SIEGLINDE ROSENBERGER

Typisches Frauenleben – Österreich im 20. Jahrhundert

Margaretha Lupac lebte ihr ganzes Leben im 20. Jahrhundert. Ihre biographischen Eckpfeiler sind in vielerlei Hinsicht aber weder als „typisch weiblich“ und schon gar nicht als „typisch österreichisch“ zu charakterisieren. Bei dieser Aussage drängt sich natürlich die Frage auf, was als „typisch“ bewertbar sein kann, insbesondere in einer Zeit, die immer mehr durch Individualisierung und Liberalisierung gekennzeichnet ist. Eine pragmatische Antwort auf diese Frage ist die Heranziehung von Leitbildern, auch wenn diese oft als Klischee verkleidet daherkommen, und dessen, was heute gemeinhin als *Mainstream* bezeichnet wird.

Zweifellos, für Margaretha Lupac war ein selbstbewusstes und ein von wohltuendem Eigensinn angeleitetes Leben typisch. Einige wenige – wenn auch nicht unwichtige – gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben sie in dieser Haltung unterstützt, wie etwa die Sozialisation in einem bürgerlichen Haushalt oder das Glück, zu erben und zu vererben. Andere gesellschaftliche und politische Bedingungen hingegen haben ihr selbst-definiertes Leben phasenweise erschwert bis verunmöglicht. Besonders auffällig an ihrem Lebenslauf ist, dass sie aus den sozialen und politischen Verhältnissen gelernt und sich in der Folge, d.h. nach 1945, gegen neu gezogene Linien und Grenzziehungen verhalten hat. Denn weibliches Selbstbewusstsein und Eigensinn zählten zu Beginn der Zweiten Republik keineswegs zum *Mainstream*, sondern sie waren gegen den herrschenden Einstellungs- und Aktivitätsstrom zu leben.

Im Folgenden werden ein Aspekt ihres gesellschaftlich-untypischen Lebensentwurfes sowie ein Moment ihres eigenwilligen Politikentwurfs näher beleuchtet und so einige Schlaglichter auf Gesellschaft und Politik des demokratischen Österreichs nach 1945 geworfen.

BERUFSTÄTIGKEIT – JENSEITS DES IDEALS

Margaretha Lupac arbeitete zwischen 1949 und 1973 als Inkassantin im Österreichischen Wirtschaftsverlag. Als berufstätige Frau sorgte sie für sich selbst; sie baute auf keine Ehe, die ihr Sicherheit und Unterhalt versprach. Die eigene Berufstätigkeit bildete ihr materielles Fundament ebenso wie ihre Tagesstruktur.

Das Österreich nach 1945 zeichnete ein idealisiertes Bild der Haus- und Ehefrau – und dies entgegen der faktischen Situation, denn die weibliche Erwerbsquote war in den 1950er Jahren, aufgrund der kriegsbedingten Demographie wie der hohen Anzahl nicht-verheirateter Frauen, vergleichsweise hoch. Die Nicht-Erwerbstätigkeit sowie die kurzfristige, temporäre Berufstätigkeit sollten erst in den 1960er Jahren an Bedeutung gewinnen. In diesem sich neu abzeichnenden Zwei-Phasen-Modell waren Frauen in der Phase eins – bis zur Heirat – berufstätig, die lange Phase zwei gehörte der Kinder- und Familienarbeit. Phase drei war noch nicht vorgesehen. In jenen Jahrzehnten also, als Margaretha Lupac als arbeitende

**SIEGLINDE
ROSENBERGER**

*Universität Wien, Institut für
Politikwissenschaft; Preisträgerin
des Wissenschaftspreises der
Margaretha Lupac-Stiftung 2013*

Frau durchs Leben ging, war erstens die bis zur Pensionierung durchgehende weibliche Erwerbstätigkeit die Ausnahme, und zweitens lief die weibliche Berufstätigkeit auf eine Klassenfrage hinaus – Arbeiterinnen hatten keine Abwahlmöglichkeit, Bürgerliche meist schon. Norm und Wirklichkeit, Ideal und Fakt klafften gewaltig auseinander. Anerkennung fand das bürgerliche Rollenbild der Geschlechter, basierend auf der idealtypischen Trennung zwischen öffentlich und privat. Das Prestige der Haus- und Ehefrau lag über jenem der arbeitenden Frau. Wie Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela Hornung beobachten, kamen Frauen auf den Plakaten der politischen Parteien, wenn überhaupt, nur im privaten Ort des Haushalts und der Familie vor. So erreichte Anfang der 1960er Jahre, begünstigt durch den allgemeinen Wirtschaftsaufschwung, der Heirats- und Babyboom seinen Höhepunkt und erst gegen Ende dieses Jahrzehnts wurden Frauen als Arbeitskräfte gezielt mobilisiert und die Teilzeitarbeit forciert.

Margaretha Lupac ging im Jahre 1973 in Ruhestand. Ihre Pensionierung fällt, zufälligerweise, mit dem Anstieg einer kontinuierlicheren Berufstätigkeit aller weiblichen Altersgruppen zusammen. Dieser soziale Wandel geht einher mit der Einschreibung der Frauenbewegung in die großen Narrative zu Frauenleben und mit modifizierten politischen Maßnahmen und Gesetzen. So trat 1975 die Familienrechtsreform in Kraft, welche die Berufstätigkeit der Frauen normalisierte, die patriarchale Beschränkungen wie Zustimmung des Ehemannes zur Berufstätigkeit und die Pflicht der Wohnsitzfolge beseitigte.

PATRIOTISMUS UND PARLAMENTSVERTRAUEN – JENSEITS DES MAINSTREAMS

Das kollektive Österreich-Bewusstsein ist in der Bevölkerung erst in den 1960er Jahren beobachtbar gewachsen. So

stimmten in einer Befragung im Jahre 1964 gerade 47 Prozent der Bevölkerung der Aussage zu, Österreich sei eine Nation. Diese Zahl unterstreicht, dass in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik der Österreich-Patriotismus nicht weit verbreitet war – vermutlich weder unter Männern noch unter Frauen (*vermutlich* deshalb, weil dazu keine geschlechtsspezifischen Daten vorliegen). Noch in den 1950er Jahren war derartige emotionale Bindung und Identität erst im Entstehen, es war nicht gerade üblich – aufgrund der Erfahrung mit Krieg und Nationalsozialismus, mit Not, Arbeitslosigkeit und Elend – republikanisch und patriotisch zu denken und zu handeln. Margaretha Lupac hatte deutlich früher als viele andere eine Einstellung entwickelt, die einem demokratischen Österreich in der Politikgestaltung eine wesentliche Aufgabe und ein großes Potenzial zuschrieb.

Es ist in Österreich nicht typisch, weder auf der männlichen noch weiblichen Seite, als Begünstigte des eigenen Ersparten und des Ererbten die Demokratie einzusetzen. Nach Margaretha Lupac war das Parlament, der repräsentative Ort und Träger der Demokratie, der Begünstigte. In diesem republikanischen Verhalten drückt sich nicht nur das Patriotische aus, mehr noch, es drückt sich die tiefe Überzeugung aus, dass nach einer Gewaltherrschaft eine demokratisch-legitimierte Machtausübung dauerhaft Bestand haben müsse. Und es drückt sich ein geradezu unbeschränktes Vertrauen in das Parlament und seine Abgeordneten und Parteien aus – dies ist wiederum sehr untypisch für die heutige Zeit, in der diese zentralen Institutionen der liberalen Demokratie massiv an Vertrauen und Legitimation durch die Bevölkerung verlieren.

Margaretha Lupac war eine außergewöhnliche Frau, in mancher Hinsicht avantgardistisch, bis heute und über das Heute hinaus geeignet, als Emanzipations- und Demokratievorbild zu gelten.

SIBYLLE HAMANN

Eine kleine große Frau

Sie war eine kleine Frau, kaum einen Meter fünfzig groß. Den meisten ihrer Gesprächspartner reichte sie kaum bis an die Schultern. Aber sie verschaffte sich Respekt. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie Rotkreuzhelferin war, sprach sie forsch im Palais Epstein vor, in der Kommandantur der russischen Besatzer, und schaffte es, Treibstoff für die Rettungsfahrzeuge zu organisieren.

„Ich habe Sachen bewältigt, die nicht einmal ein studierter Doktor bewältigen kann“, sagte sie.

Sie war eine reiche Frau. Ein Leben lang hatte sie gespart, ihr Geld gut angelegt, Erbschaften gemacht. Sie besaß ein Zinshaus in Oberdöbling. Aber sie brauchte ihren Reichtum nicht. Ihr Leben lang blieb sie in ihrer Zweizimmerwohnung im 15. Bezirk, im Kauerhof, ohne Kühlschrank, ohne Zentralheizung. Das Wasser im Badezimmer wurde von einem Ofen geheizt, die Milch in der Nische unter dem Küchenfenster kühl gehalten. Komfort ging ihr nicht ab. Was ihr wichtig war, hatte sie: Ölbilder an den Wänden, viele kleine Porzellanfiguren in der Glasvitrine.

„Das Leben ist ein Sketch“, sagte sie.



Margaretha Lupac und Susanne Janistyn

Sie war eine zarte Frau, ein Fliegengewicht. Unter dem Seidenkostüm mit den dunkelblauen Punkten zeichneten sich die knöchigen Schultern ab. Aber sie wusste genau, was sie wollte, und was sie wollte, zog sie durch, eigenständig bis zuletzt. Sie hatte ihre Sterbeversicherung pünktlich eingezahlt, ihr Testament aufgesetzt, ihre Papiere geordnet, und als es, mit 88 Jahren, ans Sterben ging, hörte sie auf zu essen.

„Es ist genug“, sagte sie. Für ihr Grab am Baumgartner Friedhof wünschte sie sich „etwa Gestohlenes“. Man legte ihr Kastanienzweige aus dem Volksgarten drauf.

Sie war eine lustige Frau. Sie hatte keine nahen Verwandten, keine Kinder, blieb ihr Leben lang alleinstehend, aber allein war sie nie. In ihrer Nachbarschaft war sie bekannt wie ein bunter Hund. Die Hausmeisterin brachte ihr manchmal Suppe hinauf und setzte sich zum Plaudern dazu. Auch in der Parlamentsdirektion freute man sich, wenn sie anrief. Das tat sie beinahe jeden Tag, in der Früh.

**„Das Parlament ist mein Halt“, sagte sie.
„Ich habe eine Freude, wenn ich Ihnen einen
Lichtblick geben kann.“**

Sie war Demokratin mit Leib und Seele. Als junge Frau hatte sie Wirtschaftskrise, Not und Arbeitslosigkeit erlebt. Im Zweiten Weltkrieg war sie dabei, als der Philipshof gegenüber der Albertina zerbombt wurde, noch Jahrzehnte später erinnerte sie sich daran, wie sie durch die Trümmer watete. Als Leopold Figl nach Kriegsende sein Volk bat „Glaubt an dieses Österreich!“ – da hörte sie genau hin.

**„Österreich ist immer der Zeigefinger der Welt
gewesen, der Zeiger der Weltuhr“, sagte sie.**

Sie vermachte der Republik ihr gesamtes Vermögen, eineinhalb Millionen Euro. Zu verwalten von einer Stiftung des Parlaments, zu verwenden für „die Förderung und Festigung von Demokratie, Parlamentarismus und Toleranz“. So etwas hatte es noch nie gegeben in der Geschichte der Republik. So etwas hatte man noch nie erlebt in der Parlamentsdirektion.

Als Frau Lupac im Sommer 1997 zum ersten Mal die Nummer des österreichischen Parlaments wählte, hatte sie schon alles genau durchgedacht. Nicht umsonst war sie ihr gesamtes Arbeitsleben lang Buchhalterin beim Wirtschaftsverlag gewesen. Hatte Dinge zusammengehalten, Rechnungen kontrolliert und darauf geschaut, dass am Ende alles seine Richtigkeit hatte.

**„Man muss es mit Korrektheit machen
und mit Hirn“, sagte sie.**

Sie war dermaßen überzeugend, dass die Telefonzentrale sie mit ihrem Begehrt gleich in das Büro des damaligen Nationalratspräsidenten durchstellte. Sie war dermaßen überzeugend, dass Heinz Fischer schon nach dem ersten Gespräch beeindruckt war. Sie wusste genau, was sie wollte, und was sie wollte, zog sie durch.

Nur eine Bedingung knüpfte Margarete Lupac an ihr Vermächtnis: Dass Österreich demokratisch bleiben muss.

„Ich bin unbarmherzig“, sagte sie.





GLOSSE

Teilhabe und Mitbestimmung: Was können gemeinnützige Stiftungen zur Stärkung der Bürgergesellschaft beitragen?

ANDREAS KHOL

*Präsident des Nationalrates
2002–2006*

*Vorsitzender des Kuratoriums
der Margaretha Lupac-Stiftung
2004–2006*

Aus der Überzeugung heraus, dass die großherzige Margaretha Lupac ihr Vermächtnis an das Parlament dauerhaft der Förderung von Demokratie und bürgerlicher Mitbestimmung widmen wollte, gründeten wir die gemeinnützige Margaretha Lupac-Stiftung – Heinz Fischer hatte am Ende seiner Präsidentschaft die Stiftung von Parlamentsrätin Dr.ⁱⁿ Susanne Janistyn sorgfältig vorbereiten lassen. Bei einer solchen Stiftung sind die finanziellen Mittel zweckgebunden. Diese besondere Rechtsform stellt sicher, dass das geschenkte Geld wirklich im Sinne des Stifters ausgegeben wird – und nicht im allgemeinen Topf eines Budgets verschwindet. Stiftungszweck und Stifterin bleiben sichtbar, die Bestimmung des Geldes bleibt erhalten. So nutzte der Gesetzgeber die Privatautonomie, die auch dem öffentlich rechtlichen Parlament zusteht: Aus seiner hoheitlich öffentlich rechtlichen Rolle schlüpfte das Parlament ins Privatrecht und wurde damit Teil der Bürgergesellschaft (civil society). Dort tummeln sich die gemeinnützigen Vereine und die ihnen ähnlichen gemeinnützigen Stiftungen des Privatrechts und bilden ein vielfältiges Geflecht der Bürgerfreiheit zur Besorgung für das Gemeinwohl wichtiger Aufgaben. Eine solche Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft ist ganz wesentlich

für eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft in Freiheit und Mitbestimmung – sie gehört zur Grundlage unserer freien, demokratischen und sozialen Grundordnung –, gegründet auf dem Subsidiaritätsprinzip der christlichen Soziallehre *und* der Trennung zwischen Staat und Gesellschaft im liberalen Rechtsstaat. Natürlich hätte das Parlament das gestiftete Geld auch als Teil seines Haushalts behandeln und für seine Informationszwecke ausgeben können. Aber die Rolle der bürgergesellschaftlichen Stiftung mit eigenen, unabhängigen und verantwortlichen Organen schien uns damals sachgerechter und erfolgversprechender im Sinne der Stifterin.

Die Wissenschaft hat schon lange die Bedeutung solcher nach bürgerlichem Privatrecht gegründeten Einrichtungen hervorgehoben. So wurde immer stärker ihre mehrfache Bedeutung für Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe herausgearbeitet. In den über 110.000 Vereinen, die beispielsweise die österreichische Gesellschaft mitgestalten, werden in vielen Bereichen der Gesellschaft mit privaten Mitteln, also nicht mit Steuergeld, durch ehrenamtlich Tätige, also Freiwillige, wichtige Aufgaben wahrgenommen, die sonst der Staat übernehmen müsste: im sozialen Bereich, im Rettungswesen, im

Natur- und Umweltschutz, im Sport, der Kultur usw. Die Förderung der Demokratie, wie sie die Lupac-Stiftung bezweckt und betreibt, wäre natürlich auch eine öffentliche Aufgabe, aber, wie schon betont, eine eigene autonome Einrichtung kann vieles wirkkräftiger besorgen.

In diesen privaten, von Freiwilligkeit und Ehrenamt geprägten Einrichtungen werden nicht nur gemeinnützige Zwecke verfolgt und erreicht, sondern es engagieren sich dort viele Menschen, arbeiten mit, nehmen Verantwortung in Vorständen und Arbeitsausschüssen wahr, und lernen dabei die Bewegungsgesetze der Demokratie: Die Mehrheit entscheidet in Abstimmungen und wählt die Organe, den Vorstand, die Entscheidungen gelten für alle, sind öffentlich und begründet, wer etwas unternehmen will, muss sich dafür eine Mehrheit im Verein suchen. Dies ist einer der Gründe dafür, dass der Weg in die Politik, wie z.B. in den Gemeinderat, in andere Vertretungskörper sehr oft über solche Verantwortlichkeiten in der Bürgergesellschaft führt.

Der erste, der die Bedeutung dieser privaten Initiativen in der Bürgergesellschaft erkannt und ausführlich beschrieben hat, war Alexis de Tocqueville Anfang des 19. Jahrhunderts. Er bereiste im Auftrag des französischen Parlaments die USA, um die Erfahrungen im modernen Strafvollzug dort zu studieren – er kam zurück und veröffentlichte seine epochales Werk *Über die Demokratie in Amerika*.

Ein Kernsatz von ihm lautete sinngemäß: Wann immer in einer amerikanischen Gemeinde die Notwendigkeit eines Theaters, eines Orchesters, einer neuen Schule, eines Spitals klar wird, gründen die Amerikaner einen Verein, der dann diese Aufgabe übernimmt. Also nicht der Ruf nach dem Staat und dem Steuerzahler ertönt, sondern man handelt selber. Tocqueville erkennt auch die Gefahren der Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit in einem allmächtigen Staat. Er zeigt die

Gefahren demokratischen Regierens, das zu einer „Tyrannei der Mehrheit“ führen kann. Die amerikanische Verfassung und Gesellschaft begegnen dieser Gefahr durch Dezentralisation und die beschriebene aktive Teilnahme der Bürger, die selbst agieren. Das gilt bis heute und wird durch den Staat vor allem durch die umfassende steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden an die Einrichtungen der Bürgergesellschaft gefördert. Wir in Österreich haben uns dazu erst in den letzten Jahren schrittweise durchringen können ... Demokratie ist unbequem: Nicht der Staat bestimmt, was und wer gefördert wird, sondern der Steuerzahler, der durch seine Spende seinen Willen ausdrückt, und der Staat vergütet durch die Abzugsfähigkeit faktisch die Hälfte des gespendeten Betrags.

Wie wichtig Stiftungen und Vereine wie die unseren für die Freiheit einer Gesellschaft sind, zeigte sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus z.B. in der DDR, in Ungarn und anderen Ländern: Dort gab es das Monopol der kommunistischen Partei, die alle Lebensbereiche staatlich erfasste. Privat organisierte, eigenständige Stiftungen und Vereine waren dort nicht geduldet, sogar verboten. Diese Länder müssen und mussten erst langsam eine bürgerschaftliche Struktur aufbauen, um die Menschen einzubinden, mitbestimmen zu lassen, und sie dort abzuholen, wo sie sind. Noch heute werden manche Entfremdungserscheinungen in der ehemaligen DDR, Rassismus, gewaltbereiter Rechtsextremismus (Stichwort: Pogrom der Rechten in Hoyerswerda) auf dieses schwere Erbe kommunistischer Gesellschaftspolitik zurückgeführt. Alexis de Tocqueville hatte diese Gefahr schon 1835 beschrieben. Die wirksam arbeitende Bürgergesellschaft, geprägt von der Vielfalt der gemeinnützigen Vereine und Stiftungen, ist für eine demokratische Gesellschaft unerlässlich.

(Anmerkung: Zu Beginn meiner Präsidentschaft im Nationalrat konnte ich die Gründung der Margaretha Lupac-Stiftung abschließen.)



**GERHARD
LUTSCHINGER**

*Fundraising Verband Austria
Geschäftsführer*

Zum Stiften anstiften

»Die PreisträgerInnen sind häufig keine bequemen Initiativen oder BürgerInnen, die von allen bejubelt werden, sondern ecken an und provozieren, sind Teil einer lebendigen Demokratie.«

Stiften ist eine noble Angelegenheit. Nicht das Verstecken in anonymen ausländischen Stiftungen, sondern die dauerhafte Zweckwidmung des Vermögens für gemeinnützige Zwecke ist hier gemeint. Margaretha Lupac vermachte ihr Vermögen dem Parlament und die nach ihr genannte Stiftung leistet Herausragendes für Österreich. Doch Stiften für einen gemeinnützigen Zweck ist heute in Vergessenheit geraten, geradezu aus der Mode gekommen. Dafür boomen eigennützige Privatstiftungen – 95 Prozent davon sind nicht gemeinnützig. Gerade am Beispiel der Margaretha Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie kann die Bedeutung, die ein aktiver Stiftungssektor für die Gesellschaft leisten kann, besonders gut verdeutlicht werden. Wissenschafts- und Demokratiepreise werden wechselnd vergeben, und außergewöhnliche zivilgesellschaftliche Initiativen ausgezeichnet. Demokratie ist die ständige Auseinandersetzung mit den Rechten und Pflichten der BürgerInnen, der Minderheiten, der Toleranz, des Dialogs mit anderen Meinungen und der Suche nach gemeinsamen Lösungen. Die Lupac-Stiftung als gemeinnützige Stiftung des Parlaments bietet den PreisträgerInnen nicht nur ein ansehnliches Preisgeld, sondern vor allem Wertschätzung und Aufmerksamkeit für ihre Leistungen.

Es mag verwundern, dass es zahlreiche Wissenschafts- oder Wirtschaftspreise gibt, ein Demokratiepreis – zur Würdigung des Fundaments unserer Republik – wird aber nur von der Lupac-Stiftung vergeben. Ihre PreisträgerInnen sind häufig keine bequemen Initiativen oder BürgerInnen, die von allen bejubelt werden, sondern kämpfen für Minderheiten, für Integration oder gegen Rassismus. Sie ecken an und provozieren, sind Teil einer lebendigen Demokratie. Gerade deshalb wäre es wichtig, dass der Stiftungsgedanke wieder Fuß fasst in Österreich. In unseren Nachbarstaaten boomen gemeinnützige Stiftungen und regelmäßig wächst ihre Zahl im zweistelligen Bereich. BürgerInnen engagieren sich mit ihren Vermögen, arbeiten ehrenamtlich mit und tragen so zu einer aktiven Zivilgesellschaft bei.

Vermögen kommt von „etwas vermögen“, etwas gestalten, die Fähigkeit haben, etwas zu tun. Die Rolle gemeinnütziger Stiftungen wurde in Europa erkannt, sogar die Europäische Kommission bereitet ein eigenes Stiftungsstatut vor. Ohne einen engagierten Stiftungssektor werden nicht nur Sozial-, Umwelt- Wissenschafts- oder Kulturprojekte *nicht* umgesetzt, ohne diesen fehlt ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft. Allerdings braucht es dazu geeignete Rahmenbedingungen. Rahmenbedingungen, die derzeit in Österreich fehlen. Das Bundesstiftungsgesetz

stammt aus den 1970er Jahren, das Privatstiftungsgesetz wiederum verfolgt bekanntlich andere Zielsetzungen. Steuerliche Incentives für den/die StifterIn fehlen praktisch vollkommen, teilweise sind Stiftungen sogar schlechter gestellt als Vereine oder Unternehmen. Und vor allem fehlt es an der Anerkennung und Wertschätzung für jene, die sich engagieren. Kein Wunder, dass Philanthropen Österreich den Rücken kehren! Der Standortwettbewerb um ihre Zuwendungen hat in Europa längst begonnen. Umso wichtiger wäre es, wenn sich das Parlament mit der Erfahrung aus dem zehnjährigen nachhaltigen Wirken der Margaretha Lupac-Stiftung verstärkt um diesen Sektor bemüht. Gelebte Demokratie braucht aktive BürgerInnen und aktive Stiftungen.

Den eingereichten Projekten, Initiativen und BürgerInnen, den PreisträgerInnen sowie der Stiftung wünsche ich eine noch breitere Bekanntheit zum Wohle dieses Landes und als Vorbild und Anstoß. Der Margaretha Lupac-Stiftung und dem Parlament kann man nur wünschen, dass sich Menschen von der Idee inspirieren lassen und weitere Stiftungen zur Stärkung der Demokratie ins Leben rufen. Oder dass durch großzügige Zuwendungen eine jährliche Vergabe des Demokratiepreises ermöglicht wird. Und vor allem, dass sich weitere Vermögende zum Stiften anstiften lassen – als noble Geste für eine gelebte Demokratie.



IN ERINNERUNG AN BARBARA PRAMMER

Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft

Barbara Prammers Engagement in der Lupac-Stiftung hatte, wie ihre ganze Tätigkeit, ein vordringliches, für sie in jedem Moment maßgebliches Anliegen: Mut zur Demokratie machen! Sie wollte Menschen für Demokratie begeistern, sie zur Teilnahme befähigen und die Kraft, die der Demokratie innewohnt, greifbar und erlebbar machen. So sagte sie: „Ich möchte vor allem jungen Menschen mit auf den Weg geben, dass ein freies Parlament und die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger nicht immer selbstverständlich gewesen sind. Das Wissen um die Geschichte, die Neugier an aktuellen politischen Prozessen und die Vermittlung demokratischer Grundsätze sind ganz entscheidende Voraussetzungen für die Erhaltung, Festigung und Weiterentwicklung unserer Demokratie. [...] Jugendliche für Demokratie zu interessieren, heißt, sie darauf vorzubereiten, unsere Zukunft politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich mitzugestalten. Das ist genau das, was wir brauchen. Junge Menschen, die mitreden und sich beteiligen.“¹ Die von ihr initiierten Projekte *Demokratiewerkstatt* und *Jugendparlament* sind eine einzigartige Erfolgsgeschichte, die internationale Beachtung findet – über 70.000 SchülerInnen haben dort bisher über Demokratie, Menschenrechte und Parlamentarismus gelernt. Dieses Lernen war Barbara Prammer besonders wichtig, denn: „Demokratie ist die einzig politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss, um



BARBARA PRAMMER

gehörte von Juni 2004 bis zu ihrem Tod im August 2014 dem Präsidium des Nationalrates an, zuerst als Zweite und ab Oktober 2006 als Präsidentin des Hohen Hauses. In dieser Funktion war sie zwischen 2004 und 2014 auch Mitglied des Kuratoriums der Lupac-Stiftung, ab 2006 dessen Vorsitzende.

gelebt zu werden.“² Projekte, die junge Menschen Demokratie nahebringen sollten, wurden bereits mehrfach von der Lupac-Stiftung ausgezeichnet, darunter beispielsweise Initiativen der Ganztagsvolksschule Europaschule im 20. Bezirk und des International Business College Hetzendorf, das das Preisgeld für einen *Demokratiepreissaal* an der Schule verwendete.

Mit dem notwendigen Lernen über Demokratie verband Barbara Prammer einen weiteren Gedanken: „Demokratie ist kein beliebiges System, von dem man sich ohne eigenes Zutun Erfüllung von Bedürfnissen erwarten kann, sondern ein System, das auch Ansprüche ans Individuum stellt.“³ Gerade dafür hat auch Margaretha Lupac mit ihrem Erbe ein Vorbild abgegeben – Demokratie und Parlamentarismus als unabdingbar mit dem eigenen Leben als Bürgerin verknüpft wahrzunehmen und sich selbst die Frage zu stellen, was für den Erhalt, die Förderung und Weiterentwicklung dieser Basis unserer Gesellschaft getan werden kann. Barbara Prammer hat dieses Engagement von Einzelnen und im Rahmen von Projekten immer besonders hervorgehoben und vor den Vorhang geholt. Ihre Einladung gerade an zivilgesellschaftliche Initiativen sich für Preise der Lupac-Stiftung zu bewerben ist Ausdruck eines Verständnisses, das sie selbst so zusammengefasst hat: „Die Preisträger übernehmen Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft – im lokalen und globalen Kontext. Was für eine große Aufgabe!“ Und weiter: „Wir verbinden [mit der Auszeichnung zivilgesellschaftlicher Projekte; Anm.] auch die Hoffnung, dass die Auszeichnung [...] als Signal zu weiteren Initiativen im Sinne der Beförderung von Demokratie, Kunst und gesellschaftlicher Entwicklung verstanden wird.“⁴

Als beständige Mahnerin im Kampf gegen Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus forderte Barbara Prammer auch die Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit ein. Dieses Engagement sah sie in engem Zusammenhang zu ihrem Wirken für Demokratie und

Menschenrechte, denn: „Rassismus, Gewalt und Ausgrenzung sind ein Widerspruch zur Demokratie und dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz finden.“⁵ Gewaltlosigkeit, Empathie, Toleranz und Solidarität waren für sie „Grunderfordernisse“ unserer Gesellschaft. Eine Organisation, die diese Auseinandersetzung vorantreibt, ist das Mauthausen Komitee, das 2012 für seine Arbeit ausgezeichnet wurde.

»*Sie war eine herausragende Persönlichkeit und glühende Verfechterin der Demokratie ...*«

Die Nationalratspräsidentin war aber nicht nur eine überzeugte Demokratin, sie war auch eine Vorkämpferin für die Rechte der Frauen. Sie war überzeugt davon, dass „Frauen, die die gläserne Decke durchbrochen haben, verpflichtet [sind], andere Frauen mitzunehmen.“⁶ Sie motivierte daher Frauen, sich zu bewerben. Gleichbehandlung und Fairness waren für sie Voraussetzung und Auftrag zugleich. Ausgezeichnet wurden unter anderen der Verein *Frauen aus allen Ländern* und eine Initiative zum Thema Geschlechterdemokratie am Gymnasium Rahlgasse.

Barbara Prammer hat über Margaretha Lupac gesagt: „Sie war eine herausragende Persönlichkeit und glühende Verfechterin der Demokratie und hat es sich zur Aufgabe gemacht, Demokratie, Parlamentarismus, Toleranz und politischen Diskurs zu fördern und zu festigen.“⁷ Nichts weniger lässt sich über die im August 2014 verstorbene Präsidentin des Hohen Hauses sagen.

S U S A N N E R O T H

¹ Barbara Prammer zum Thema Demokratie-Bildung, 25.4.2014.

^{2,3} Barbara Prammer anl. der Verleihung des Wissenschaftspreises 2011, 26.3.2012.

⁴ Barbara Prammer anl. der Verleihung des Demokratiepreises 2012, 18.1.2013.

⁵ Parlamentskorrespondenz Nr. 364, 4.5.2012

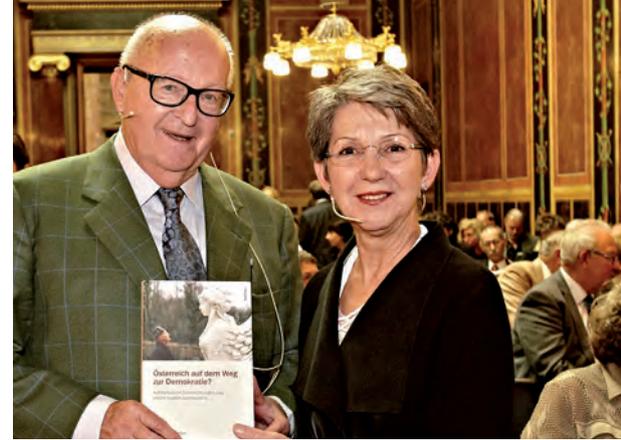
⁶ Parlamentskorrespondenz Nr. 506, 10.6.2013

⁷ Barbara Prammer anl. der Verleihung des Demokratiepreises 2012, 18.1.2013.

Abgeordnete Verantwortung für eine bessere Gesellschaft

Österreich ist klein, aber Macht und Herrschaft der Parteien ist groß. Diese sind die „Schule“ und der Zugang zur Politik, ohne sie kann man weder politisch etwas werden, noch politisch etwas sein oder bleiben. Der Weg in die Politik und in der Politik ist zwar wenig geregelt; aber die Parteien haben das Monopol. Es dauert lange, bis man zu „wirklich“ politischen Positionen kommt. Man muss in Lokal-, Bezirks-, Ort-, Landesgremien auffallen, den Weg über Funktionen als PersonalvertreterIn, Betriebsrat/-rätin, GewerkschafterIn, Kammerrat/-rätin usw. gehen, um endlich – und das nur nach dem Willen der Partei, meist ihrer Führung – Abgeordneter zu werden. Manche haben PatInnen oder Patrone und verdanken ihnen ihre Stellung. Jede und jeder ist so RealrepräsentantIn seiner/ihrer Herkunft, des eigenen Weges und des Volkes.

Wie RichterInnen und WissenschaftlerInnen haben Abgeordnete besondere Freiheiten. Sie sind in Ausübung ihres Amtes an keinen Auftrag gebunden und frei von Verfolgung. Dieses freie Mandat und diese Immunitäten der Abgeordneten richteten sich früher einmal gegen Bindungen gegenüber den WählerInnen einerseits und gegen politische Verfolgungen andererseits. Heute werden diese Freiheiten vom Publikum gegenüber den Parteien erwartet, aber in



MANFRIED WELAN

seit 2004 Jury-Vorsitzender
der Margaretha Lupac-Stiftung

der Parteiendemokratie ist schon aufgrund der Konkurrenz besondere Disziplin notwendig. Nur „Fraktionszwang“ ist verfassungswidrig; „Fraktionsdisziplin“ aber ist eine Voraussetzung des Funktionierens eines Klubs und daher die Regel. Um mehr Großzügigkeit aber kann gebeten werden.

Immunität als Rede- und Abstimmungsfreiheit ist Konsequenz des freien Mandats; die außerberufliche Verfolgungsfreiheit ist aber nur durch den Schutz der politischen Tätigkeit des einzelnen Abgeordneten zu rechtfertigen. Sie richtete sich gegenüber Regierungen und Verwaltungen, welche Abgeordnete seinerzeit verfolgten. Neben diesen Freiheiten werden insbesondere die Wiederwählbarkeit, Bezüge, Abfertigungen und Pensionen der Abgeordneten kritisiert. Die Wiederwählbarkeit ist dabei leichter zu modifizieren als die Bezüge. Denn die Bezüge der Abgeordneten sind im Vergleich zu Bezügen in anderen Bereichen relativ gering. Das gilt auch für den Ruhegenuss. Beides hängt damit zusammen, dass Politik ein Beruf wurde.

Es gab einmal eine Zeit, in der die Mitgliedschaft nicht Haupt- und Lebens-, sondern Nebenberuf war.

Schon lange hat sich das Verhältnis gewandelt. Schon Max Weber erkannte, dass der/die moderne PolitikerIn nicht nur

für die Politik, sondern vor allem von der Politik lebt. Sie/er ist dazu von seiner Partei abhängig und damit auch von der Politik. So steht dieser vielleicht letzte „Freiberuf“ mehr in Zwängen und Abhängigkeiten als etwa RichterIn und WissenschaftlerIn. Die Unabhängigkeit der Abgeordneten wird durch Unvereinbarkeit unterstützt. Mit der Mitgliedschaft zu den parlamentarischen Vertretungen sind bestimmte Funktionen nicht vereinbar. Die manchmal kritisierte Vereinbarkeit mit Regierungsämtern charakterisiert das parlamentarische Regierungssystem.

Auch ein sonstiges öffentliches Amt ist vereinbar. Allerdings sind die betreffenden Regelungen in Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetz vielen zu wenig. Die „Verbeamtung der Parlamente“ wird ebenso kritisiert wie die „Verlobbing der Parlamentarier“. Der Ruf nach neuen Regelungen indiziert eine Krise der Abgeordneten und der Institution Parlament.

Partei- und VolksvertreterInnen sind weder HeldInnen noch Heilige, sie sind aber auch nicht die Bösen und Schlimmen, für die sie oft gehalten werden, sondern im Allgemeinen anständig und verlässlich. Aber das Image der Abgeordneten ist seit Jahren im Keller. Von einem Vertrauensgrad in die PolitikerInnen im Allgemeinen von 4 bis 5 Prozent spricht die Meinungsbefragung. Hans Magnus Enzensberger beschreibt unter dem Titel „Erbarmen mit den Politiker“ das „Elend“ der Politikerkaste: Das Reich des immer Gleichen, der Wiederholung, der Sitzungen – „alles sitzt“ ... Man könnte die Aufzählung fortsetzen. Es dominiere ein Typ von „BerufspolitikerIn“, der in aller Regel ein „Mensch ohne Beruf“ ist. Helmut Kramer stellt fest, dass für ihre politische Tätigkeit eine Art „inneres Geländer“ fehle. „Ein klares Wertesystem, das es ihnen möglich macht, den Verführungen der Macht und zur individuellen Bereicherung sowie der Sucht nach Dauerpräsenz

in den Medien und in der Öffentlichkeit einigermaßen zu widerstehen.“ Barbara Prammer war ein Vorbild. Sie hat den Beruf als Berufung gelebt und die Vorstellung belebt, dass das Parlament mit seinen Mitgliedern das Volk als Gemeinschaft darstellt, eine Volksvertretung ist und nicht eine Vertretung lokaler, regionaler oder wirtschaftlicher Interessen.

Parteien sind für die Demokratie von heute noch lebensnotwendig. Sie sind für den Nachwuchs in der Politik und für die Auslese der AnführerInnen verantwortlich. Sie sind die Schule und die Praxis der Politik. In ihnen müssen sich die zukünftigen PolitikerInnen bewähren. Die Suche nach den „Richtigen“ ist ihre große Aufgabe.

Da die Abgeordneten das Parlament bilden und die Parteien die Abgeordneten entsenden, sind die Parteien für das Parlament verantwortlich. Es ist der konstituierte Ort des organisierten gesellschaftlichen Konsenses und Dissenses. In ihm werden gesellschaftliche Konflikte thematisiert, theatralisch, rhetorisch und gerichtsartig nach tradierten Spielregeln ausgetragen.

Politik wird hier in bestimmten Verfahren in Recht verwandelt. Diese Transformation von Politik in Recht ist etwas Besonderes, ja etwas Geheimnisvolles. Sie kann freilich faktisch auch bedeuten, dass eine Minderheit als Mehrheit, als Volksvertretung, als Parlament, als Volk agiert. Von diesem geht dann das Recht aus. Mehrheiten und Minderheiten kommen zusammen und ihr Verhältnis ist faszinierend und komplex. Ich habe sie als Zeitzeuge und Akteur erlebt, als teilnehmender Beobachter und als beobachtender Teilnehmer. Das Parlament ist die erfolgreichste Institution auf dem Weg zu einer besseren Welt. Es verbindet die Prinzipien Vertrauen, Verantwortung und Hoffnung. Es ist die Hoffnung auf eine bessere Welt, Gesellschaft und Demokratie.



WISSENSCHAFTSPREISTRÄGERINNEN 2005

v.li.: Sabine Preisl-Westphal, Barbara Steininger,
Patricia Heindl, Nationalratspräsident Andreas Khol,
Wolfgang Müller, Zweite Nationalratspräsidentin
Barbara Prammer, Wilfried Philipp und Jurymitglied
Sonja Puntscher Riekmann

WISSENSCHAFTSPREIS / ABGEORDETE

Die Preisträger und Preisträgerinnen

2005

Für die Publikation *Die österreichischen Abgeordneten. Individuelle Präferenzen und politisches Verhalten* der AutorInnen Univ.-Prof. Dr. Wolfgang C. Müller, Mag. Marcelo Jenny, Dr.ⁱⁿ Barbara Steininger, Dr. Martin Dolezal, Dr. Wilfried Philipp und Mag.^a Sabine Preisl-Westphal

Dabei handelt es sich um die erste umfangreiche wissenschaftliche Studie über die politische Tätigkeit der ParlamentarierInnen. Schwerpunkte der Studie sind u.a. die Arbeit im Wahlkreis, die Rolle der parlamentarischen Fraktionen für die Arbeit der Abgeordneten, die Arbeit im Parlament, die Öffentlichkeitsarbeit, die Auswirkungen der Europäischen Integration auf die Tätigkeit der Abgeordneten und die Arbeit der Mitglieder des Bundesrates.

Und für die Dissertation *Die politische Partei im Verfassungsrecht – Parteiendemokratie, Parteienbegriffe und Parteienfreiheit* an Dr.ⁱⁿ Patricia Heindl

Gegenstand der Dissertation ist die These, dass das Parteienrecht in weiten Strecken nicht angewendetes Recht darstellt und überdies zahlreiche Lücken aufweist. Ziel der Arbeit ist es daher, die Stellung der politischen Partei im Verfassungsrecht zu beleuchten, Lücken im Parteienrecht aufzuspüren und den verfassungsrechtlichen Rahmen für mögliche Änderungen abzustecken.



**PREISTRÄGER
2007/2013**

v.li.: Herbert Obinger, Emmerich Tálos
NR-Präsidentin Barbara Prammer,
Preisträger Robert Luft
und Laudator Oliver Rathkolb

2007

Ausgezeichnet wurde die Publikation von Univ.-Prof. Dr. Emmerich Tálos und Univ.-Prof. Dr. Herbert Obinger *Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau. Eine Bilanz der ÖVP-FPÖ-/BZÖ-Koalition*

In diesem Buch wird der Politikwechsel des Jahres 2000 analysiert. Der Hauptbefund lautet, dass dieser Machtwechsel sowohl in programmatischer Hinsicht als auch auf Ebene der politischen Entscheidungsprozesse und der realisierten Maßnahmen zu einem Bruch mit den für die Nachkriegszeit charakteristischen Politik- und Entscheidungsmustern geführt hat. Der Gegenstand wird dabei nicht nur empirisch dokumentiert und rekonstruiert, sondern auch theoriegeleitet erklärt.

2009

Das Thema „Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven der parlamentarischen Demokratie in Österreich“ stand im Mittelpunkt des Wettbewerbs.

MMag.DDr. Hubert Sickinger wurde der Wissenschaftspreis für sein Buch *Politikfinanzierung in Österreich* zuerkannt, das im Juli 2009 im Czernin-Verlag erschienen ist. Sickinger, der in der Öffentlichkeit vor allem für seine Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Parteienfinanzierung bekannt ist, beschäftigt sich auch mit Forschungen zur Bezirkspolitik in Wien. Hubert Sickinger, geboren 1965 in Braunau am Inn, studierte Rechtswissenschaften und Politikwissenschaften in Innsbruck. Er ist seit 1992 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Konfliktforschung und seit 2001 als Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Wien tätig. Er ist Mitglied in der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft und Mitglied des HerausgeberInnenkollegiums der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft.

2013

Robert Luft: *Bedeutung des k. u. k. Wiener Parlaments für die Nachfolgestaaten*

Die ausgezeichnete Publikation von Robert Luft beeindruckt schon aufgrund ihres Umfangs (163 Biographien in zwei Bänden auf über 1.200 Seiten) – wesentlich ist aber, dass der Historiker hier eine Lücke schließt und die Bedeutung des Wiener Parlaments der österreich-ungarischen Monarchie auch für die politische und parlamentarische Entwicklung der Nachfolgestaaten besonders verdeutlicht. Nach 2011 wird mit dieser Arbeit erneut ein Aspekt der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus der Monarchie in den Fokus gerückt.

Zu den Preisen zur Parlamentarismus- Forschung

Frau Lupac hat mit der Stiftung ihres Vermögens ein politisches Testament verknüpft: Die Erforschung und Förderung des österreichischen Parlamentarismus. Gerade die unglückliche Geschichte des Parlaments, die mit seiner Ausschaltung im Austrofaschismus beginnt und erst nach dem Ende der Nazi Herrschaft seine Reinhonorisierung erfährt, war für Frau Lupac Inspirationsquelle ihres außergewöhnlichen Schrittes. Daher war es für die Jury und mich ein besonderes Anliegen, Werke zu prämiieren, die sich der Entwicklung des österreichischen Parlaments widmen. So kürten wir im Laufe unserer Arbeit das Werk von Gerald Stourzh, Eva Kreisky und ihrem Team, Wolfgang Mantl, Wolfgang C. Müller und Sieglinde Rosenberger, die sich auf unterschiedliche Weise mit der österreichischen Demokratie und dem österreichischen Parlamentarismus beschäftigen.

Während der Historiker Gerald Stourzh in seinen zahlreichen Werken Fragen der Grund- und Menschenrechte und des Konstitutionalismus in Österreich und den USA behandelte, erforschten Eva Kreisky und ihre Mitarbeiter/innen Matthias Falter und Saskia Stachowitsch das in der Literatur weitgehend ausgeblendete Kapitel der jüdischen Repräsentanz von 1861 bis 1938. Wolfgang Mantl erhielt seine Auszeichnung für seine langjährige Beschäftigung mit vielfältigen Facetten



SONJA PUNTSCHER RIEKMANN

*Universität Salzburg, Leiterin des Salzburg Centre
of European Union Studies*

der österreichischen Demokratie und dem Parlament aus interdisziplinärer juristischer und politikwissenschaftlicher Sicht. Wolfgang C. Müller und sein Team wurden für das große Verdienst einer umfassenden Darstellung aller österreichischen Abgeordneten, ihrer individuellen Präferenzen und ihres Verhaltens in den 1990er Jahren, aber auch für sein vergleichendes Werk zum Wechselspiel von Regierungen und Parlamenten ausgezeichnet. Jeder Parlamentarismus beruht auf einem Regelwerk, in dessen Zentrum die Organisation von Wahlen und Partizipation durch das Wahlrecht stehen. Diesem hat sich Sieglinde Rosenberger im internationalen Vergleich gewidmet und sich dadurch für den Wissenschaftspreis empfohlen.

Alle Preisträger/innen haben zum besseren Verständnis des österreichischen Parlamentarismus beigetragen, aber auch Mängel und Reformwege aufgezeigt. Ihr Werk soll Ausgangspunkt für weitere Reflexionen und wissenschaftliche Arbeiten sein und vor allem jüngere Forscher/innen inspirieren. Keine Institution ist in Stein gemeißelt, sondern erfährt Herausforderungen durch neue, manchmal bedrohliche Entwicklungen. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union wurde durch neues Verfassungsrecht begleitet, das dem österreichischen Parlament weitreichende Mitspracherechte



in der europäischen Politik einräumt, aber auch Pflichten der beständigen Beschäftigung mit europäischen Agenden auferlegt. Neue Parteien stellen die überkommene Konsensdemokratie infrage und machen andere Formen der parlamentarischen Arbeit notwendig. Dadurch hat sich das Verhältnis von Regierung und Parlament in den letzten Jahrzehnten ebenso verändert wie jenes von Regierungs- und Oppositionsparteien. Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen als Minderheitenrecht ist nur ein Beispiel. Die Jury der Margaretha Lupac-Stiftung hofft auch in Zukunft auf interessante Einreichungen wissenschaftlicher Arbeiten zu diesen Veränderungen.

WISSENSCHAFTSPREISTRÄGER 2009

*v.li.: Gerald Stourzh und Hubert Sickingler mit
NR-Präsidentin Barbara Prammer*

Die Preisträger und Preisträgerinnen

2009

Das Thema „Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven der parlamentarischen Demokratie in Österreich“ stand im Mittelpunkt des Wettbewerbs.

Mit Univ.-Prof. Dr.DDr.h.c. Gerald Stourzh wurde ein renommierter Historiker für sein Lebenswerk mit dem Wissenschaftspreis 2009 ausgezeichnet. Neben seiner langjährigen Lehrtätigkeit beschäftigt sich Stourzh seit über 50 Jahren mit den Themen Demokratie, Diktatur, Menschen- und Bürgerrechte sowie Verfassung. Sein besonderes Verdienst besteht darin, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte als historische Errungenschaften begreiflich zu machen. Zahlreiche Publikationen, wie jene über den Staatsvertrag oder über Benjamin Franklin, gelten noch heute als Standardwerke. Stourzh, 1929 geboren, war nach seinem Studium der Geschichte und Publizistik in Wien bis 1958 an der University of Chicago als Assistenzprofessor tätig. Anschließend leitete er bis 1962 als Generalsekretär die Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik. 1962 legte er die Diplomatenprüfung ab und habilitierte sich im Fach für Allgemeine Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien. Zunächst war Stourzh ordentlicher Professor an der Freien Universität Berlin, ab 1969 an der Universität Wien. Neben zahlreichen anderen Auszeichnungen erhielt er im Jahr 2004 den Preis der Stadt Wien für Geisteswissenschaften.



PREISTRÄGERINNEN 2011

*v.li.: Matthias Falter, Saskia Stachowitsch, Eva Kreisky
mit den Jurymitgliedern Brigitte Bierlein und
Sonja Puntscher Riekmann*

unten: Gerald Stourzh, Preisträger 2009, mit Barbara Prammer



2011

Projektplattform *Jüdische Repräsentation und Antisemitismus im österreichischen Parlament, 1861-1938*, Leitung Univ.-Prof.ⁱⁿ

Dr.ⁱⁿ Eva Kreisky; gemeinsam mit den Nachwuchsforscher/innen Mag. Matthias Falter und Mag.^a Saskia Stachowitsch

Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Eva Kreisky hat gemeinsam mit den Nachwuchsforscher/innen Mag. Matthias Falter und Mag.^a Saskia Stachowitsch seit 2007 mehrere Forschungsprojekte zu den Zusammenhängen zwischen Parlamentarismus, Demokratieentwicklung und jüdischer politischer Repräsentation und Partizipation in Österreich durchgeführt. Themen der Untersuchungen waren daher auch die Transformationen von Antisemitismus als politische Strategie im parlamentarischen Diskurs und seine Bedeutung als antiparlamentarische Ideologie. Die Projektplattform *Jüdische Repräsentation und Antisemitismus im österreichischen Parlament, 1861-1938* wird von der Jury unter dem Vorsitz von em. Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan als Pionierarbeit gesehen, da so erstmalig eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema

der jüdischen Abgeordneten und ihrem Wirken in die Tat umgesetzt wurde. Die Ergebnisse dieser Forschung werden die Basis für weitere wissenschaftliche Arbeiten darstellen. Auf der Webseite des Parlaments sind die Daten der Abgeordneten schon verfügbar. Es handelt sich um „work in progress“, da neue Erkenntnisse immer wieder einfließen (www.parlament.gv.at; Wer ist Wer – ParlamentarierInnen seit 1918 – Button rechts am Bildschirm) und weitere Projekte zu Antisemitismus und Parlamentarismusedwicklung nach 1945 folgen sollen.

Univ.-Prof. Dr.ⁱⁿ Eva Kreisky ist derzeit Vizedekanin der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität Wien und Universitätsrätin an der Universität Innsbruck. Ihre Forschungsschwerpunkte beschäftigen sich mit politischer Theorie und Ideengeschichte, Staats- und Institutionentheorien, Parlamentarismus- und Demokratieforschung, der Politik der Geschlechterverhältnisse sowie mit der jüdischen politischen Geschichte und Antisemitismus in Österreich. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen.

Mag. Matthias Falter und Mag.^a Saskia Stachowitsch sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaften an der Universität Wien.



PREISTRÄGER 2013

Barbara Prammer gratuliert Wolfgang Mantl

2013

Wolfgang Mantl: *Recht und Politik, Geschichte und Kultur*

Mit em. Univ.-Prof. DDr.h.c. Wolfgang Mantl wird ein Wissenschaftler und Mitglied der österreichischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet. Er profiliert sich seit den 1960er Jahren kontinuierlich mit der Erforschung unterschiedlichster Aspekte österreichischer Politik. Seine Arbeiten zeichnen sich durch die angemessene Proportion zwischen Verfügungs- und Orientierungswissen in plausibler Argumentation und vergleichender Sicht aus. Recht und Politik, Geschichte und Kultur behandelt Mantl wissenschaftlich interdisziplinär; er gilt damit als einer der Väter der „Juristenpolitik“.

„There's no free lunch“ Vom Umgang mit Medien und Demokratie

Wer heute als MedienkonsumentIn twittert, mal schnell bei Google oder Wikipedia nachschlägt, wird es als selbstverständlich voraussetzen: Information ist allgegenwärtig und jederzeit abrufbar. Tag und Nacht sind unterschiedlichste Medieninhalte im weltweiten Netz abrufbar. 24 Stunden – nur von Werbung unterbrochen – bietet Facebook Einblicke in das mehr oder weniger berichtenswerte *Leben der anderen*. Doch auch wenn die neue, digitale Medienwelt voller neuer, innovativer Technologien und Möglichkeiten steckt: Ist ihr auch zu trauen? Wissen MediennutzerInnen, ob die Nachrichten, die sie gerade frei Haus oder an das mobile Smartphone geliefert bekommen, tatsächlich richtig, faktentreu und authentisch sind? Dass journalistischer Inhalt aus einer seriösen Quelle oder doch nur aus einer gut bezahlten PR-Agentur stammt? Wer nach Zuverlässigkeit, Glaubwürdigkeit und Hintergründen fragt, wird auch in der Vielfalt der modernen Kommunikations- und Informationsnetze zuverlässige, glaubwürdige und hintergründige Medien suchen müssen.

Die 24-Stunden-*all-inclusive*-Medienwelt braucht nicht nur mobile und flexible, allzeit online befindliche KonsumentInnen, sondern – mehr denn je – kritische RezipientInnen, die imstande sind, zwischen Copy-and-Paste und seriösem

Qualitätsjournalismus zu unterscheiden. „*There's no free lunch*“: Das trifft unübersehbar für Medien zu, die die zu Recht geforderte Qualität erst produzieren (und finanzieren) müssen, bevor sie sie auf unterschiedlichen Kanälen und Plattformen anbieten können.

Dass sich individueller und gesellschaftlicher Wert und Nutzen für Menschen nicht automatisch und selbstverständlich ergeben, gilt auch für die Demokratie. Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Institutionen, die die Einhaltung demokratischer Spielregeln sicherstellen sollen, sind für uns längst selbstverständlich. Doch sind unsere Gesellschaften dadurch automatisch gerecht und frei von gravierenden Fehlentwicklungen? Ebenso wie die Medienwelt ist die Demokratie von Menschen abhängig, die ihren Wert und Nutzen einfordern und – bei aller Kritik daran – auch wertschätzen. Die Frage ist daher weniger, ob wir *irgendwelche* Medien und *irgendeine* Demokratie haben, sondern wie wir damit umgehen. Das Sozialkapital moderner Gesellschaften wird erst durch die Bereitschaft der Menschen aktiviert, sich an der Idee und der Praxis der *res publica* zu beteiligen. Demokratie ist – ebenso wenig wie Qualitätsjournalismus – kein unverbindliches Gratismuster, das auf Knopfdruck und Bestellung erscheint.



**ALEXANDER
WRABETZ**

ORF-Generaldirektor



DEMOKRATIEPREISTRÄGER 2009

Ganztagsvolksschule Europaschule im
20. Wiener Gemeindebezirk

Es wird daher – absehbar – auch in Zukunft gelten: „*There’s no free lunch*“. Demokratische Gesellschaften brauchen nachhaltiges Interesse und aktive Beteiligung am *bonum commune* sowie die kontinuierliche Entwicklung ihrer Gemeinwohlorientierung.

Die bisher eingereichten Projekte und Initiativen des Margaretha Lupac-Preises sind ein ermutigendes Zeichen, dass der Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, vor allem aber das zivilgesellschaftliche Engagement jüngerer Bevölkerungsgruppen – allen Krisen, resignativen Zeitströmungen, sozialen Spannungen und Herausforderungen zum Trotz – intakt und lebendig ist. Mit Spannung darf angenommen werden, welche Reflexionen, Inspirationen und Perspektiven zu Gesellschaft und Demokratie sich in den Arbeiten der zukünftigen PreisträgerInnen finden werden.

DEMOKRATIE- UND WISSENSCHAFTSPREIS
ZIVILGESELLSCHAFT/DIALOG/MEDIEN

Die Preisträger und Preisträgerinnen

DEMOKRATIEPREIS

2004

International Business College (IBC) Hetzendorf

Eine UNESCO-Schule, die durch zahlreiche Projekte aller am Schulbetrieb Beteiligten Beachtung fand. Die Begründung des Kuratoriums für die Entscheidung damals lautete, dass das IBC Hetzendorf die Begriffe „Jugend – Zukunft – Demokratie“ in idealer Weise miteinander verbindet und damit stellvertretend für alle Schulen steht, die dieses demokratische Schulkonzept umsetzen.

PREISTRÄGER 2004

Eröffnung des Demokratiepreisaals im International Business College Hetzendorf – erster Preisträger der Margaretha Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie





DEMOKRATIE- PREISTRÄGERINNEN 2008/2012

v.li.: Michael Spindelegger gratuliert
Tarafa Baghajati, stellvertretend für die
Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen;
Bettina Hellein, Preisträgerin für das
Zukunftsforum Windhaag, mit
Barbara Prammer

2008

Ganztagsvolksschule Europaschule, 20. Bezirk, Wien

Bei der Volksschule Europaschule handelt es sich um eine außergewöhnlich gut strukturierte Schule, die nicht nur soziales Lernen thematisiert, sondern auch den interreligiösen Dialog pflegt. Auch der für das Migrationsthema zentrale Bereich des zweisprachigen Unterrichts wird umgesetzt. Projekte wie die Einrichtung eines Schulrates, eines Kulturcafés, soziales Lernen und Friedenserziehung und Sprachkurse für Mütter mit Migrationshintergrund sind darauf gerichtet, in besonderer Weise demokratisches Bewusstsein zu fördern. Durch Partnerschulen in Bratislava, Istanbul und Paris werden diese lokalen, nachhaltigen Projekte noch vertieft.

Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen

„Nicht über Muslime reden, sondern mit ihnen“ ist Ziel der seit zehn Jahren bestehenden *Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen*. Die Identität als Muslim oder Muslimin mit dem Bewusstsein der Zugehörigkeit zu Österreich zu verbinden, ist ein wichtiges Anliegen des Vereins. Besonders hervorzuheben sind die Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft, frauenspezifische Projekte, Projekte unter dem Motto Integration durch Partizipation sowie das Interesse, sich am politischen und öffentlichen Leben zu beteiligen.

2012

Zukunftsforum Windhaag

Die Jugendplattform und Jugendinitiative, gegründet 2008, ermöglicht jungen Menschen die aktive Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen und einer lebenswerten Zukunft im lokalen wie im globalen Kontext. Dabei werden VertreterInnen aller Regierungsparteien der Landes-, Bundes- und EU-Politik zum politischen Diskurs eingeladen. Es geht um den politischen Dialog, die Auseinandersetzung mit Werkzeugen der Demokratie, Mitbestimmung, basisdemokratische Entscheidungen, das Training in Toleranz, Kommunikation, Kooperation, Kreativ- und Moderationstechniken und nicht zuletzt um das Empowerment zum kritischen Engagement von und für junge Menschen. Ziel dieser Initiative ist, sich zu einem anerkannten Partner für Zukunftsfragen und einem Diskussions- und Gestaltungsforum für die Jugend zu entwickeln. Die Schwerpunkte der Projekte und Aktivitäten befassen sich unter anderem mit den Themen Energie-Klima-Kostengerechtigkeit, *StadtLand – Tanz der Polaritäten* bzw. *Jugend macht Demokratie*.

DEMOKRATIEPREIS

2014

Der 1999 gegründete Verein *Jugendbeteiligung Dornbirn* berät und begleitet Jugendbeteiligungsprojekte auf der Gemeindeebene.

Im Vordergrund stehen das generationenübergreifende Miteinander in der Jugendarbeit, in Vereinen, Schulen, der Wirtschaft, der städtischen Verwaltung. Es geht um die Gestaltung des gemeinsamen Lebensumfelds.

Ziel ist es, Jugendliche zu aktiver Mitgestaltung zu motivieren und sich mit Fragen der Demokratie und der Politik auseinanderzusetzen. Die Involvierung der Jugendlichen umfasst eine große Bandbreite wie z.B. die Beteiligung im Zusammenhang mit Bauprojekten und der Gestaltung der Außenanlagen einer Volksschule oder des Neubaus eines Kindergartens, ein gemeindeübergreifendes Gesundheitsprojekt, Klassensprechertreffen, das Lernen von Demokratie, *Lange Nacht der Partizipation*, Erstwählerinformation für Nationalrats- und Landtagswahlen. Beeindruckend sind dabei die vielen verschiedenen Formate, in denen Jugendbeteiligung umgesetzt wird.

Insgesamt ein Vorzeigeprojekt, das Jugendlichen Verantwortung für Demokratie und gesellschaftliche Herausforderungen näher bringt. Diese Initiative ist damit auch Vorbild für andere Gemeinden im Sinne einer Stärkung der demokratischen Gemeinde als Grundfeste des Staates.

Leitgedanke des Vereins *Forum Informationsfreiheit* – die erste österreichische Bürgerrechtsorganisation für das Recht auf Zugang zu Information – ist, dass sich nur informierte BürgerInnen in der Demokratie einbringen können. Daher müssen die individuellen Informationsrechte gegenüber der staatlichen Verwaltung gestärkt werden. Der Verein steht für eine umfassende Kampagne zu einem Informationsfreiheitsgesetz.

Ziel ist es, einen Beitrag zu leisten, um Korruption zu erschweren, Steuerverschwendung vorzubeugen, Misstrauen abzubauen und so das Vertrauen in die Politik und die Verwaltung wieder zu stärken. Auch Verwaltungsabläufe könnten so vereinfacht und/oder beschleunigt, die Mitbestimmung von BürgerInnen erleichtert werden.

Die Aktivitäten des Forums Informationsfreiheit finden vor allem im Internet statt. Dazu zählen *Amtsgeheimnis.at*, *FragDenStaat.at* und *Transparenzgesetz.at*. Letztere Initiative verstärkte die politische Diskussion über eine Neuformulierung und Neuregelung des sogenannten Amtsgeheimnisses. Dieser Initiative haben sich prominente Vertreter/-innen aus der Rechtsprechung, der Wissenschaft und dem Journalismus angeschlossen.

Für den Vorstand: Josef Barth, Catharina Felke, Markus Hametner, Tanja Malle; *das Team:* Nelson Carr, Sara Hassan, Mathias Huter, Andreas Krisch, Gert Nepel, Dominik Sinnreich, Alexander Wacker; *Beiratsvorsitzender:* Hubert Sickinger



**WISSENSCHAFTS-
PREISTRÄGERIN 2007**

*Jurymitglieder Oliver Rathkolb und
NR-Präsidentin Barbara Prammer
gratulieren der Preisträgerin
Astrid Dietrich*

DEMOKRATIE- UND WISSENSCHAFTSPREIS
ZIVILGESELLSCHAFT/DIALOG/MEDIEN

WISSENSCHAFTSPREIS

2007

Die Ausschreibung des Wissenschaftspreises erfolgte unter dem Thema „Entwicklungen im politischen System Österreichs unter Berücksichtigung der europäischen Dimension“.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Astrid Dietrich erhielt für ihre Dissertation *Medien und EU. Mediale Aufmerksamkeit für die politische Europäische Union im intermedialen Vergleich mit besonderer Berücksichtigung des Qualitäts- und Boulevardaspektes* den Wissenschaftspreis.

Diese Arbeit geht von der These aus, dass der zunehmenden Europäisierung von Ökonomie und Politik bislang keine gleichwertige Europäisierung der politischen Öffentlichkeit gefolgt ist. Die Dissertation nimmt zu folgenden Fragen Stellung: Ob und in welchem Ausmaß zeigen sich Europäisierungsprozesse in Österreich in der medialen Aufmerksamkeit? Welchen Beitrag leisten die unterschiedlichen Medien zur Europäisierung von Öffentlichkeit, insbesondere im Vergleich zwischen Qualitäts- und Boulevardmedien?

Arbeit im Sinne der Gemeinwohlverantwortung

In modernen gewaltenteilenden Ordnungen sind die Kompetenzen der einzelnen Staatsorgane aufeinander abgestimmt und ausbalanciert. Solche Systeme beruhen auf Kooperation aller handelnden Akteure/-innen und funktionieren nur dann reibungslos, wenn sich alle – insbesondere die obersten – Staatsorgane ihrer Kompetenzen bewusst sind und diese im Sinne ihrer Gemeinwohlverantwortung wahrnehmen, ohne sie zu überschreiten.

Rechtsstaat und *Rule of Law* sind anspruchsvolle Gebilde, die maßgeblich von der Persönlichkeit und dem Ethos der Amtsträger/innen getragen werden. Im Machtgefüge der drei Staatsgewalten trifft dies in besonderer Weise auf die Gerichtsbarkeit zu. Die Judikative basiert ganz wesentlich auf der Unabhängigkeit der Richter/innen, die im Rahmen ihrer richterlichen Tätigkeit frei von Weisungen und ohne Ansehen der Person auf Grundlage des Gesetzes Recht sprechen und durchsetzen. Die Richter/innen sind unparteiisch agierende Garanten dafür, dass Gerechtigkeit nur nach objektiven Kriterien hergestellt und damit das Vertrauen der Bevölkerung in das Funktionieren des Rechtsstaates bestärkt wird. Wer ein Richteramt bekleidet, muss sich seiner Aufgabe, deren Grenzen und seiner Verantwortung für deren sachgerechte

und rechtskonforme Wahrnehmung bewusst sein. Er darf sein Amt weder zur Selbstdarstellung benützen noch den Anschein erwecken, in seinem Handeln nicht frei von äußeren Einflüssen zu sein.

Die verfassungsrechtlich abgesicherte richterliche Unabhängigkeit ist elementare und unverzichtbare Garantie, die für sich allein aber keine Gewähr dafür bietet (und bieten kann), dass Versuche der Einflussnahme auf Richter/innen tatsächlich unterbunden werden. Dazu bedarf es vielmehr einer offenen, mutigen Richterschaft mit Weitblick, die unbeeindruckt vom Druck der Öffentlichkeit oder der Mächtigen völlig unabhängig – nur dem Gesetz und dem eigenen Gewissen verpflichtet – agiert und dies auch nach außen zu kommunizieren vermag.

Fraglos hat sich auch die Rechtsprechung einer Kontrolle und Kritik durch die Öffentlichkeit zu stellen. Die Wahrnehmung der Justiz erfolgt regelmäßig durch mediale Berichterstattung, inzwischen vermehrt via Internet und in sozialen Netzwerken. Medienlogik folgt aber anderen Mechanismen als Rechtslogik, das Medieninteresse gilt – pointiert formuliert – weniger dem Recht als dem Unrecht. Das ist Journalisten/-innen keineswegs zu verübeln, ist es doch ihre



BRIGITTE BIERLEIN

*Vizepräsidentin des
Verfassungsgerichtshofes*

DEMOKRATIEPREIS 2006

Demokratiepreisträger Joseph Marko
mit Gattin im Kreise der
Jurymitglieder Andreas Khol,
Brigitte Bierlein, Sonja Puntscher,
Riekmann, Monika Lindner,
Manfried Welan und
Barbara Prammer



Aufgabe, aus Sicht der Medienkonsumenten/-innen und mit Blick auf die Auflagenzahl zu schreiben. Zudem ist der Grat zwischen dem legitimen öffentlichen Informationsinteresse und der (bloßen) Befriedigung von „Sensationslust“ – insbesondere im Zusammenhang mit der Berichterstattung über glamouröse Gerichtsverfahren – ein schmaler. In Zeiten des Informationsüberflusses gilt mehr denn je der journalistische Satz „*only bad news are good news*“. Dass Betroffene vielfach schon im Vorfeld einer (rechtskräftigen) gerichtlichen Entscheidung bei vager Informationslage vorverurteilt und an den Pranger gestellt werden, ist Faktum. Daran vermag auch die floskelhafte Wiedergabe des Grundsatzes der Unschuldsvermutung am Ende eines oft vernichtenden Artikels nichts zu ändern, die häufig das Gegenteil ihres hehren Zieles bewirkt. Auch öffentliche Funktionsträger/innen schrecken vor persönlichen Angriffen gegen Justizorgane

nicht zurück, effiziente Gegenmaßnahmen gibt es kaum, das Amtsgeheimnis tut sein Übriges.

Diesem öffentlichen Druck sehen sich Richter/innen aller Sparten sowie Staatsanwälte/-innen zunehmend ausgesetzt, mediale Vermittlung objektiver Entscheidungsfindung im Nachhinein stößt auf faktische Grenzen. Vertrauen in die Unabhängigkeit der Rechtsprechung ist aber unabdingbare Grundlage ihrer Akzeptanz. Umso wichtiger sind starke, unangreifbare und nicht nur formal unabhängige Richterpersönlichkeiten, die diesem Druck standzuhalten, äußere Einflüsse zu ignorieren und das auch international hervorragende Bild österreichischer Richter/innen in der öffentlichen Meinung zu stützen vermögen. „Ein Urteil lässt sich widerlegen, ein Vorurteil nie“ – Marie von Ebner-Eschenbachs Worte haben bis heute nichts an ihrer Gültigkeit verloren.

Die Preisträger und Preisträgerinnen

DEMOKRATIEPREIS

2006

Univ.-Prof. Dr. Joseph Marko

Die Auszeichnung erging an Prof. Marko als Einzelleistung für seinen Beitrag zum Aufbau der Verfassungsgerichtsbarkeit in Bosnien-Herzegowina.

2012

Dr.ⁱⁿ Barbara Helige stand als erste Frau an der Spitze der *Vereinigung österreichischer RichterInnen*.

Sie hat in dieser Funktion ihre Rolle immer wieder dahingehend wahrgenommen, für die Stärkung der Demokratie einzustehen, den Rechtsstaat als Träger der demokratischen Ordnung zu verteidigen und die Gewaltenteilung im Staat zu betonen. An die Seite der äußeren Unabhängigkeit stellte sie den Appell an die innere Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der RichterInnen. Sie wirkte unter anderem an der Erarbeitung ethischer Grundsätze zur richterlichen Amtsausübung mit, die in der „Welser Erklärung“ zusammengefasst sind. Zivilgesellschaftlich engagiert sie sich – um nur einige Initiativen herauszugreifen – in der Österreichischen Liga für Menschenrechte, deren Präsidentin sie ist, als Vorsitzende der Wilhelminenbergkommission zur Aufklärung von Vorfällen im früheren Kinderheim und im Ethikrat für Public Relations.



DEMOKRATIEPREISTRÄGERIN 2012

Barbara Helige bei ihrer Dankesrede



OLIVER RATHKOLB

*Institut für Zeitgeschichte
der Universität Wien*

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als gesellschaftliche Herausforderung

Bereits im Jahr 2001 wurde der Verein *Frauen aus allen Ländern* als Kultur-, Bildungs- und Beratungsinitiative für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund mit dem Margaretha Lupac-Preis ausgezeichnet. Damit setzte die Stiftung ein klares Zeichen zur Notwendigkeit der Förderung der Integration durch umfassende Bildungsangebote sowie Vernetzung und Kooperation mit vergleichbaren Institutionen aus dem Non-Profit-Bereich.

Diese Schwerpunktsetzung wurde auch durch zwei Verleihungen des Wissenschaftspreises – an Univ.-Prof.ⁱⁿ DDr.ⁱⁿ Christiane Spiel (2011) und Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sieglinde Rosenberger (2013) – unterstrichen. So engagierten sich Frau Spiel und ihr Team intensiv in der Gewaltprävention in Schulen und Kindergärten, der Integration von MigrantInnen in multikulturellen Schulen und der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. Auch Frau Rosenberger hat sich vorrangig Fragen der Demokratie und Gleichheit gewidmet. Aber auch Gender-Aspekte, Partizipationsmöglichkeiten, Wahlen und Wahlrecht bilden einen Schwerpunkt in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Rosenberger gelingt es in ihren Arbeiten, Verständlichkeit und Nachdenklichkeit mit großer

wissenschaftlicher Sorgfalt zu verbinden. Der Blick richtet sich dabei auch auf andere Länder und deren Systeme. Direktorin Mag.^a Heidi Schrodt und das Gymnasium Rahlgasse (2010) zeichnen sich durch besondere Leistungen zur Praxis der Geschlechterdemokratie aus. Die Schule versteht sich nicht als bloß passive Produzentin, sondern vielmehr auch als aktive Produzentin aktueller Geschlechterverhältnisse. Sie versteht sich als *GenderKompetenz-Schule* und legt ihre Schwerpunkte auf Geschlechterfragen, Sozialkompetenz und Umwelt. Frau Schrodt setzte sich intensiv für frauenspezifische Fragen im Unterrichtsbereich ein und gründete die parteiunabhängige Bildungsinitiative *BildungGrenzenlos*.

Wie jüngste Forschungen zeigen, gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen der Auseinandersetzung mit dem Holocaust und dem Nationalsozialismus und aktiven, demokratiepolitischen Einstellungen. Wer Autoritarismus heute bekämpfen will, sollte sich kritisch mit den Menschenrechtsverletzungen im Nationalsozialismus auseinandersetzen. In diesem Sinne wurde auch das Mauthausen Komitee Österreich im Jahr 2012 ausgezeichnet, das sich als überparteilich und überkonfessionell für eine freie und demokratische



Gesellschaft sowie die Wahrung der Menschenrechte einsetzt. Ausgehend vom Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus (insbesondere an die Häftlinge des KZ Mauthausen und seiner Nebenlager) bildet die antifaschistische und antirassistische Arbeit mit jungen Menschen einen wichtigen Schwerpunkt zur Stärkung der Zivilcourage.

In diese Richtung wirkt auch der Verein *Ketani* für Sinti und Roma, den Frau Gitta Martl mitbegründet hat. Ihre persönliche tragische Lebensgeschichte hat sie im Buch *Uns hat es nicht geben sollen: Rosa Winter, Gitta und Nicole Martl. Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen.* im Jahr 2005 veröffentlicht. Engagiert hat sie vielfältige Aktivitäten zur Minderheitendemokratie entwickelt, wobei stets das Miteinander zwischen den Bevölkerungsgruppen im Mittelpunkt stand, und nicht die Polarisierung.

DEMOKRATIEPREIS 2010

Podiumsgespräch mit den Preisträgerinnen v.li.: Rosa Gitta Martl – Verein „Ketani“, Heidi Schrodt – Direktorin Gymnasium Rahlgasse, Silvia Ortner – Verein „Frauen aus allen Ländern“ und Moderatorin Astrid Zimmermann – Presseclub Concordia.

Die Preisträger und Preisträgerinnen

DEMOKRATIEPREIS



DEMOKRATIEPREIS 2010

*Direktorin Heidi Schrod für
das Gymnasium Rahlgasse*

2010

Direktorin Mag.^a Heidi Schrod und das Gymnasium Rahlgasse zeichnen sich durch besondere Leistungen zur Geschlechterdemokratie aus.

Die Schule versteht sich nicht als bloß passive Produzentin, sondern vielmehr auch als aktive Produzentin aktueller Geschlechterverhältnisse. Sie versteht sich als *GenderKompetenz-Schule* und legt ihre Schulschwerpunkte auf Geschlechterfragen, Sozialkompetenz und Umwelt. Viele Projekte – wie *(Un)Doing Gender*, Gender- und Gleichbehandlungsbeauftragte, „Mädchen-/Buben-Tage“ – setzen die Tradition des ersten im Jahr 1892 gegründeten österreichischen Mädchengymnasiums bewusst fort. An diesem Schulentwicklungsprozess

ist Direktorin Schrod maßgeblich beteiligt. Auch ihre eigene Biografie unterstreicht das Interesse und das Engagement für Genderfragen. So war sie zwischen 1993 und 1995 Mitglied der interministeriellen Arbeitsgruppe zur Behandlung der frauenspezifischen Fragen im Bereich des Unterrichtswesens.

Seit Herbst 2000 verfolgt sie eine Kooperation mit den beiden Wissenschaftlerinnen Edit Schlafler und Cheryl Benard zum Thema „geschlechtssensible Koeduktion“. Neben Lehraufträgen an österreichischen Universitäten und zahlreichen Vorträgen im In- und Ausland gründete Heidi Schrod die parteiunabhängige Bildungsinitiative *BildungGrenzenlos*.



DEMOKRATIEPREISTRÄGERINNEN 2010

Gitta Martl (Verein Ketani) und v.li.: Martin Preiner, Präsident des Bundesrates, und Barbara Prammer gratulieren Silvia Ortner und Julia Schindler (Verein „Frauen aus allen Ländern“), Jury-Mitglied Alexander Wrabetz

Gitta Martl hat aufgrund persönlicher Erfahrungen im Jahr 1998 den Verein *Ketani* für Sinti und Roma in Linz mitgegründet.

Ihre persönliche, tragische Lebensgeschichte hat sie im Buch *Uns hat es nicht geben sollen: Rosa Winter, Gitta und Nicole Martl. Drei Generationen Sinti-Frauen erzählen.*, Ludwig Laher, hrsg. 2005, veröffentlicht. Mit unglaublichem Engagement hat sie vielfältige Aktivitäten zur Minderheitendemokratie geleistet. Dabei stand stets das Miteinander zwischen Bevölkerungsgruppen im Mittelpunkt und nicht die Polarisierung.

Im Jahr 2001 wurde der Verein *Frauen aus allen Ländern* als Kultur-, Bildungs- und Beratungsinitiative für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund gegründet.

Ziel des Vereins ist es, durch zielgruppenspezifische Angebote Integration zu erleichtern sowie einen geschützten Begegnungsraum für Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund zu schaffen. Das Projekt umfasst einen besonderen Minderheitenschutz, indem es aktive, lebenspraktische Hilfe für die betroffenen Frauen durch diverse Bildungsangebote sowie Lern-, Beratungs- und „Erzähl“-Cafés anbietet. Der Aspekt

der Partizipation durch Unterstützung der Entscheidungskompetenz der Frauen und Mädchen und die Aufhebung von Isolation gehören zum Angebot des Vereins. Die für die Frauen besonders wichtige „Vernetzung“ und Kooperation mit anderen Einrichtungen und Organisationen beinhaltet eine nachhaltige soziale Perspektive und den engagierten interkulturellen Dialog. Das private, zivilgesellschaftliche Engagement durch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und der Non-Profit-Gedanken ist besonders hervorzuheben.

DEMOKRATIEPREISRÄGER 2012

Preisträger Willi Mernyi, stellvertretend
für das Mauthausen Komitee



2012

Im Mittelpunkt der Arbeit des Mauthausen Komitees Österreich steht das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, insbesondere an die Häftlinge des KZ Mauthausen und seiner Nebenlager.

1997 aus der *Lagergemeinschaft Mauthausen* hervorgegangen, versteht sich das Komitee als überparteilich, überkonfessionell und setzt sich für eine freie und demokratische Gesellschaft sowie die Wahrung der Menschenrechte aller ein. Die engagierte antifaschistische und antirassistische Arbeit mit jungen Menschen bildet einen Schwerpunkt, der in vielfältigen Angeboten

umgesetzt wird. Mauthausen-Guides führen an 22 Orten ehemaliger Außenlager Begleitungen durch, um diese Gedenkort als Lernorte für junge Menschen zu nutzen. Angebote zur Stärkung der Zivilcourage, der Auseinandersetzung mit Rassismus, Studienfahrten und vieles mehr konnten in den vergangenen drei Jahren rund 30.000 junge Menschen erreichen.

WISSENSCHAFTS- PREISRÄGERINNEN 2011/2013

v.li.: Sieglinde Rosenberger,
Christiane Spiel mit Barbara Prammer



VERGANGENHEIT, GEGENWART UND ZUKUNFT

WISSENSCHAFTSPREIS

2011

Univ.-Prof.ⁱⁿ DDr.ⁱⁿ Christiane Spiel ist weit über die Grenzen der wissenschaftlichen Community bekannt.

Sie und ihr Team arbeiten insbesondere intensiv zu den Themenfeldern der Gewaltprävention in Schulen und Kindergärten, der Integration von MigrantInnen in multikulturellen Schulen und der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit. Sie etablierte den Fachbereich Bildungspsychologie als wissenschaftliche Disziplin und konzipierte ein Strukturmodell, das Bildungskarriere und Lebenslanges Lernen in den Mittelpunkt stellt. Der zweite Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich Evaluation und Qualitätsmanagement. In diesem Zusammenhang führte sie Auftragsprojekte der

Rektorenkonferenz durch, die sich mit dem Hochschulzugang, Auswahlverfahren sowie der Anerkennung non-formaler und informeller Lernerfahrungen auseinandersetzen. Zu betonen ist das Projekt *Weißer Feder – gemeinsam für Fairness und gegen Gewalt*, das 2007 bis 2013 umgesetzt wurde. Christiane Spiel hat basierend auf der einschlägigen Literatur sowie in Kooperation mit den Expert/innen des Unterrichtsministeriums die Generalstrategie zur Gewaltprävention in Kindergärten und Schulen entwickelt. Auf dieser Basis wurde mittlerweile ein umfassendes Angebot realisiert – vgl. www.weissefeder.at.

Sie war und ist an zahlreichen Universitäten im In- und Ausland tätig sowie Autorin zahlreicher Publikationen.

2013

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sieglinde Rosenberger: Verständlichkeit und Nachdenklichkeit

Seit über 20 Jahren ist Rosenbergers Œuvre durch große Themenvielfalt und Aktualität gekennzeichnet. Sie nimmt immer wieder konfliktuelle Fragen der Gesellschaft in den Blick und widmet sich vorrangig Fragen der Demokratie und der Gleichheit. Aber auch Gender-Aspekte, Partizipationsmöglichkeiten, Wahlen und Wahlrecht bilden einen Schwerpunkt in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Rosenberger gelingt es in ihren Arbeiten, Verständlichkeit und Nachdenklichkeit mit großer wissenschaftlicher Sorgfalt zu verbinden. Der Blick richtet sich dabei auch auf andere Länder und deren Systeme.



ROBERT LUFT
ZUR MARGARETHA LUPAC-STIFTUNG

»Die Konzeption der Margaretha Lupac-Stiftung für Demokratie, Parlamentarismus und Toleranz hat mich mit ihrem offenen und in die Zukunft weisenden dualen Konzept von Beginn an beeindruckt.«



ROBERT LUFT

Wissenschaftspreisräger 2013

Eine demokratisch-parlamentarische Gesellschaft erscheint heute vielen als Selbstverständlichkeit, aber auch als farblos, langweilig, langsam und unverständlich. Zivilgesellschaftliches Engagement, insbesondere von Jüngeren, zu unterstützen und mit dem Demokratiepreis auszuzeichnen, trägt im Gegensatz dazu bei, die Aufmerksamkeit auf das Spannende von Dialog und politisch fairer Auseinandersetzung zu lenken. Nur durch die Erfahrung von Teilnahme an politischen Vorgängen können immer wieder neu die Bedeutung und Lebendigkeit von demokratischen Strukturen, Verfahren, Institutionen und der dort Engagierten vermittelt werden.

Aber auch die zweite Linie der Margaretha Lupac-Stiftung, der Wissenschaftspreis, weist für mich in die Zukunft. Historische wie politikwissenschaftliche Forschungen versuchen stets durch die Analyse dessen, was gerade eben, was gestern, vorgestern oder vor langer Zeit geschehen

ist, Erklärungen zu finden, die helfen, die Zukunft zu gestalten. Geschichtswissenschaft und auch die historische Parlamentarismusforschung sind in diesem Sinne stets Gegenwart und offen. Für mich stellen dabei die Traditionen des altösterreichischen Parlamentarismus eine – auch im europäischen Rahmen – ganz außergewöhnliche Dimension dar. Sie sind nicht auf die Entwicklungslinie der Republik Österreich begrenzt, sondern wirken auch in den benachbarten Staaten nach, die Wurzeln in der österreichischen Monarchie haben, wie auch aktuell der Westen der heutigen Ukraine belegt.

Dass mit meiner Arbeit über die tschechischen Abgeordneten des Wiener Reichsrats die Margaretha Lupac-Stiftung gerade diesen internationalen Aspekt des österreichischen Parlamentarismus betont hat, zeigt auch auf, welch transnationales Potenzial dem Wissenschaftspreis innewohnt.

DIREKTOR DIETER WLCEK
ZUR MARGARETHA LUPAC-STIFTUNG

»Dem International Business College Hetzendorf wurde der erste Demokratiepreis der Margaretha Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie verliehen – verbunden mit einem Scheck über 15.000 Euro. Diese finanziellen Mittel wurden sichtbar für die Schuldemokratie, den Parlamentarismus und die europäischen Werte investiert.«

Das International Business College (ibc) Hetzendorf fördert in vielen Bereichen das Demokratiebewusstsein und die Einstellung zur Toleranz bei den SchülerInnen der Handelsakademie, des Aufbaulehrganges, der Handelsschule und bei den Studierenden der Kollegs und der Abendschule: Das im Jahr 1993 beschlossene Schulprofil setzt sowohl bei LehrerInnen als auch bei SchülerInnen auf eine Corporate Identity des demokratischen Miteinanders in Teams, auf interkulturelle Toleranz sowie auf kooperative offene Lernformen.

Dem International Business College Hetzendorf wurde am 29. Juni 2004 im Rahmen eines Festaktes im Sitzungssaal des Nationalrates der erste Demokratiepreis der Margaretha Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie verliehen. Damit verbunden war ein Scheck über 15.000 Euro. Die finanziellen Mittel, die wir mit dem Preis erhielten, wurden sichtbar investiert – für die Schuldemokratie, den Parlamentarismus und die europäischen Werte. Im Sommer 2009 wurde seitens der Schulbehörde ein alter Turnsaal in einen Mehrzweckraum umgewandelt. Wir haben das Preisgeld in die technische Ausstattung und in die Infrastruktur des Saales



INTERNATIONAL BUSINESS COLLEGE HETZENDORF

Gruppenfoto mit den Preisträgern des Demokratiepreises 2004:
v.li.: Oliver Rathkolb, Elisabeth Gehrler, Brigitte Bierlein, Monika Lindner,
Hugo Portisch, Schülerin des ibc-Hetzendorf und Ulrike Sulan

angelegt. Er kann als Demokratiepreissaal nun für Präsentationen und Diskussionsveranstaltungen genutzt werden.

Der Demokratiepreis hat eine Reihe von Entwicklungen und Aktionen am ibc Hetzendorf gefördert: Die zahlreichen Schulveranstaltungen bei den Institutionen der Europäischen Union und der intensive Kontakt mit der Ständigen Vertretung vermitteln unseren SchülerInnen ein europäisches Bewusstsein und europäische Werte. Jedes Jahr besuchten SchülerInnen die Ständige Vertretung, das Parlament und die Kommission in Brüssel.

EUROSCOLA im EU Parlament in Straßburg und Europarat Februar 2014 – Bericht einer Schülerin

Wir hatten die Gelegenheit, in die Arbeit der EU-Abgeordneten einzutauchen, diskutierten mit Jugendlichen anderer Länder, stimmten über Vorschläge ab und stellten Fragen, die uns Pressesprecher des Europäischen Parlaments zu beantworten suchten. Nach zehn Stunden ohne Frischluft traten wir erschöpft, aber um unschätzbare Erfahrungen reicher, unter den Himmel, der es, angesichts des erneut einsetzenden Regens, nicht gut mit uns zu meinen schien.



HERBERT OBINGER UND EMMERICH TÁLOS
ZUR MARGARETHA LUPAC-STIFTUNG

»Die Margaretha Lupac-Stiftung leistet mit ihren Preisen einen wichtigen Beitrag zur Förderung sozialwissenschaftlicher Arbeiten.

Der uns verliehene Preis hat uns deshalb sehr gefreut, weil damit auch eine Anerkennung kritischer sozialwissenschaftlicher Analyse – in unserem Fall der Analyse der sozialstaatlichen Entwicklung unter der ÖVP-FPÖ-/BZÖ-Regierung – verbunden ist.«

ROBERT LUFT ZUR
MARGARETHA LUPAC-STIFTUNG

»Was habe ich seit dem Preis und mit dem Preisgeld gemacht?

Nach der Veröffentlichung meiner Studie über die tschechischen Reichsratsabgeordneten der Jahre 1907–1914 durfte ich das Werk bei verschiedenen Anlässen in Prag/Praha, Brünn/Brno, Leipzig und München vorstellen.

Einer vollständigen Übersetzung des Werkes ins Tschechische steht u. a. der Umfang entgegen. Mit dem Preisgeld wird daher vorerst die Übersetzung des analytischen ersten Bandes finanziert. Ich hoffe, dass der Band im Jahr 2015 in Prag erscheinen kann.«

Vor allem fand ich aber 2014 die Zeit, um ein verwandtes Projekt abzuschließen, das sich mit den Traditionen von zivilgesellschaftlichem Denken in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn befasste. Dieses internationale Forschungsvorhaben hat gezeigt, dass auch in den Regionen des östlichen Mitteleuropa bereits seit der Aufklärungszeit über die Fragen von Menschen- und Bürgerrechten, über die Zivilität von Staat und Verwaltung und die Frage der Verantwortlichkeit des Einzelnen differenziert nachgedacht wurde. Unterstützt durch den KSZE-Prozess (heute OSZE) wurde seit den 1970er Jahren in den kommunistischen Staaten Tschechoslowakei, Polen und Ungarn erneut über diese Themen diskutiert. Dabei bezog man sich häufig auf westeuropäische oder amerikanische Diskurse, ohne sich der in der eigenen Geschichte schlummernden Traditionen bewusst zu sein.

STATEMENT ZUR MARGARETHA LUPAC-STIFTUNG

»Der Preis der Lupac-Stiftung hat 2013 die Entwicklung und Durchführung eines neuen und bisher einzigartigen Beteiligungsformats, Die beherzte PolitikerInnenbeteiligung, möglich gemacht. Bei diesem Format waren es die jungen Menschen, die PolitikerInnen und UnternehmerInnen zur gemeinsamen Zukunftsgestaltung eingeladen haben.

Für zwei Tage haben sich PolitikerInnen aller Couleurs und Regierungsebenen, UnternehmerInnen und junge Menschen – insgesamt 60 TeilnehmerInnen – in einer beschwingten Atmosphäre mit wertschätzender Kommunikation auf Augenhöhe beim Zukunftsforum Windhaag zusammengefunden. Es wurde authentisch und aufrichtig an einem gemeinsamen Verständnis und konkreten Umsetzungsschritten für eine nachhaltige Zukunft gearbeitet.«

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer hat sich im Workshop *Demokratie NEU denken* eingebracht – was als große gegenseitige Bereicherung erlebt wurde. Das Ergebnis waren unter anderem zwei konkrete Projekte, *Gemeinde als Demokratiewerkstatt* und *Baustelle Demokratie*, mit denen Demokratiebildung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene in den Gemeinden erlebbar gemacht werden soll. Mehr auf www.zukunftsforum.cc.



BETTINA HELLEIN

Zukunftsforum Windhaag, Demokratiepreisträger 2012



CHRISTIANE SPIEL

Wissenschaftspreisträgerin 2011

STATEMENT ZUR MARGARETHA LUPAC-STIFTUNG

»Am Wissenschaftspreis der Margaretha Lupac-Stiftung schätze ich insbesondere, dass er für Forschungsleistungen vergeben wird, die von hoher gesellschaftlicher Relevanz sind.

Er ermutigt damit auch junge ForscherInnen wissenschaftlichen Fragestellungen in den Bereichen Demokratie und Parlamentarismus nachzugehen.«

Wissenschaftliche Erkenntnisse liefern die Basis für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen. Anerkennungssysteme für Forschungsleistungen sind jedoch nur sehr eingeschränkt etabliert – speziell in den Sozialwissenschaften. Denn von der Planung und Durchführung einer wissenschaftlichen Studie bis zur erfolgreichen Publikation der Ergebnisse in einem hochrangigen wissenschaftlichen Journal dauert es mehrere Jahre. Man braucht dafür einen langen Atem und die Gefahr zu scheitern ist hoch.

Umso begrüßenswerter ist es, wenn außerhalb der Scientific Community wissenschaftliche Leistungen in Form von Wissenschaftspreisen anerkannt werden.

GEDANKEN ZUM MARGARETHA LUPAC-WISSENSCHAFTSPREIS

»Es erstaunte mich selbst, als ich 2013 erkannte, dass ich in besonderer Weise Margaretha Lupac verbunden bin, ohne sie selbst gekannt zu haben.

Meine Mutter wurde nämlich als Tochter eines Lokomotivführers in der Kauergasse in Wien-Fünfhaus geboren, also im Wohnhaus Margaretha Lupacs. Nur wenige Häuser weiter wuchs mein Vater auf, der Sohn eines Sattlermeisters. Im Umkreis von nur fünfzig Metern verbrachte ich Kindheit, Jugend und Studienzeit, und zwar an jener Stelle der Mariahilfer Straße, in die die Kauergasse mündet.«

Meine universitäre Tätigkeit in Wien und Graz hat mich in Zustimmung und Kritik bereichert, mich durch die Innen- und Außensicht auf diese beiden Städte vor der beiäufigen Anekdote und der eitlen Selbstbespiegelung auf glattem Parkett bewahrt.

Der Margaretha Lupac-Preis 2013 erleichterte meine wissenschaftlichen Projekte:

Erstens einen großen Sammelband zur Lage der Republik und zweitens eine auf lange Vorarbeiten gestützte kritische Monographie über, ja gegen, den Verächter der Demokratie im 20. Jahrhundert: Carl Schmitt, seit meiner Habilitation 1974 eines meiner „Lebensthemen“, hat er doch mit seinen antiparlamentarischen Freund-Feind-Dichotomien bis heute wissenschaftlich und politisch irrlichternde Konjunktur.

WOLFGANG MANTL
Wissenschaftspreisträger 2013



STATEMENT ZUR MARGARETHA LUPAC-STIFTUNG



MAUTHAUSEN KOMITEE ÖSTERREICH

*Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitees
Österreich, bei seiner Dankesrede 2012*

*» Die Verleihung des Demokratiepreises
im Jahr 2012 war für das Mauthausen
Komitee Österreich von großer
Bedeutung und eine wunderschöne
Auszeichnung für alle, die ihr
Engagement und ihre Tätigkeiten
den Projekten des MKÖ widmen.*

*Das Preisgeld wurde in Projekte für
Jugendliche investiert. «*

Das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) ist seit seiner Gründung österreichweit mit verstärktem Engagement in der Arbeit mit Jugendlichen tätig (www.mkoe.at). Im Jahr 2000 bestimmte die Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen (Organisation der ehemaligen Häftlinge) das Mauthausen Komitee Österreich zu ihrer offiziellen Nachfolgeorganisation. Das MKÖ wurde 1997 vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und von der Bischofskonferenz der römisch-katholischen Kirche mit den israelitischen Kultusgemeinden als Partner in Form eines Vereins als Nachfolgeorganisation der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen gegründet. Das Mauthausen Komitee Österreich tritt für eine freie demokratische Gesellschaft und die Wahrung aller Menschenrechte ein, unabhängig von Staatsangehörigkeit, politischer Gesinnung und Religion. Die Arbeit des MKÖ richtet sich entschieden gegen alle Arten von Faschismus, Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus.

JUGENDPROJEKT ZUM GEDENKTAG 2011

Andreas Baumgartner (MKÖ) und
Nationalratspräsidentin Barbara Prammer
mit den teilnehmenden Jugendlichen der BHAK Feldkirchen,
der HLA für Mode und Kunst Wien sowie
den Lehrlingen der ÖBB und der VOEST



Seit vielen Jahren führt das MKÖ zahlreiche Projekte, insbesondere mit Jugendlichen, durch und trägt ausgewählte Aktivitäten von Partnerorganisationen mit. Mit den Jugendprojekten des Mauthausen Komitees Österreich konnten in den letzten fünf Jahren mehr als 43.000 junge Menschen erreicht werden und ihnen im Rahmen dieser Projekte neben historischem Wissen jene Werte wie Menschenrechte, freie demokratische Gesellschaft, Anti-Rassismus, Anti-Faschismus etc., für die das Mauthausen Komitee eintritt, weitergegeben werden. All diese Projekte haben das Ziel, den Einsatz für Demokratie sowie den Dialog in der politischen Auseinandersetzung und in gesellschaftlichen Fragen als Ausdruck der Toleranz und Integration zu fördern. Die TrainerInnen und Guides des Mauthausen Komitees Österreich arbeiteten in den letzten Jahren mit Jugendgruppen, etwa mit SchülerInnen und Lehrlingen, aber auch mit Erwachsenen.

Neben den ständigen Angeboten für Jugendliche (Zivilcourage-Trainings, Antirassismus-Planspiel MIRAMIX, Anti-Rassismus-Workshops, Begleitungen durch die

KZ-Gedenkstätte Mauthausen sowie seinen Außenlagern) werden auch immer wieder temporäre Projekte durchgeführt. Beispielsweise wurde anlässlich der US-PräsidentInnenwahlen bereits zweimal die Aktivität *Un.Ser (?) Amerika – austro-amerikanische Blitzlichter* im Zuge der US-Wahl veranstaltet; zum Gedenktag im Parlament am 5. Mai 2011 erarbeitete das Mauthausen Komitee Österreich den Film *Das Netzwerk*. Das Projekt *Ausgeträumt?* im Jahr 2014 war dagegen dem 85. Geburtstag von Martin Luther King gewidmet. In allen Projekten des MKÖ spielt der Bezug auf die Gegenwart der jungen Menschen eine wesentliche Rolle und wird anhand verschiedenster Methoden in die Vermittlungsstrategien der einzelnen Projekte eingebettet.

Beim Projekt *Ausgeträumt?* erarbeiteten die Jugendlichen auch ihre Ideen für ein gemeinsames Miteinander. In einem Video-clip wurden die Eindrücke der Jugendlichen zu Martin Luther King sowie ihre eigenen Träume, Themenbereiche wie das Schulsystem, Rechte für Homosexuelle, Migration, Tierrechte und vieles mehr dokumentiert.



**VERLEIHUNG DES
WISSENSCHAFTSPREISES 2007**

v.li.: Susanne Janistyn im Gespräch mit dem Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Heinz Mayer, und Parlamentsdirektor Georg Posch



**VERLEIHUNG DES
DEMOKRATIEPREISES 2006**

*oben: Zweite Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer und Bundesratspräsidentin Sissy Roth-Halvax
v.li.: Nationalratspräsident Andreas Khol, Karl Schwarzenberg und Verfassungsrechtler Manfred Welan*



**WISSENSCHAFTS-
PREIS 2005**

Monika Lindner, Generaldirektorin ORF



DIE JURYMITGLIEDER

v.li.: Vorsitzender der Jury Manfred Welan, Brigitte Bierlein, Sonja Puntscher Riekmann, Geschäftsführerin Susanne Janistyn, Oliver Rathkolb und Alexander Wrabetz (oben)



DEMOKRATIEPREIS 2008

Barbara Prammer besucht mit den Kindern der Europa-schule eine Ausstellung in der Säulenhalle des Parlaments

und Demokratie



DEMOKRATIEPREIS 2010

*Barbara Prammer bei der Eröffnung des
Demokratiepreissaals im International
Business College Hetzendorf*

**VERLEIHUNG DES
DEMOKRATIEPREISES 2012**



**KURATORIUMSSITZUNG
DER MARGARETHA
LUPAC-STIFTUNG,
MAI 2014**

*ganz oben v.li.:
Matthias Köchl, Gerald Zelina,
Elmar Podgorschek, Zweiter
Nationalratspräsident Karlheinz
Kopf, Bundesratspräsident
Michael Lampel,
Nationalratspräsidentin
Barbara Prammer*

DEMOKRATIEPREIS 2010

*oben li.: Brigitte Bierlein, Jurymitglied
oben re.: Preisträgerinnen Heidi Schrodt und Silvia Ortner*

MARGARETHA LUPAC 1997

*... vermachte der Republik ihr gesamtes
Vermögen, zu verwenden für „die Förderung
und Festigung von Demokratie, Parlamentarismus
und Toleranz“*



DEMOKRATIEPREIS 2010

oben: Susanne Janistyn,
Parlamentsvizektorin
und Geschäftsführerin der
Margaretha Lupac-Stiftung

Moderatorin Astrid Zimmermann,
Generalsekretärin Presseclub Concordia

ganz links: Sonja Puntcher Riekmann,
Jurymitglied



VERLEIHUNG DES DEMOKRATIEPREISES 2008

oben v.li.: Brigitte Bierlein, Tarafa Baghajati
(Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen), Ilse Henner,
Michael Spindelegger und Barbara Prammer

FESTAKT 2012

Laudator Oliver Rathkolb





FESTAKT 2005

am Rednerpult NR-Präsident Andreas Khol

VERLEIHUNG DES WISSENSCHAFTSPREISES 2007

*oben v.li.: Barbara Prammer im Gespräch mit Maria Schaumayer,
Helene Partik-Pablé mit Ursula Haubner*



**VERLEIHUNG DES
DEMOKRATIEPREISES 2012**

*In der 1. Reihe v.li.: Barbara Prammer,
Alexander Wrabetz, Preisträgerin
Bettina Hellein, Oliver Rathkolb
und Preisträger Willi Memy*

*re.: Geschäftsführerin der Margaretha
Lupac-Stiftung Susanne Janistyn,
Jury-Mitglied Oliver Rathkolb und
Parlamentdirektor
Harald Dossi im Gespräch*



**VERLEIHUNG DES
WISSENSCHAFTSPREISES 2013**

*v.li.: Andreas Khol, Barbara Prammer und Preisträgerin
Sieglinde Rosenberger*



VERLEIHUNG DES DEMOKRATIEPREISES 2012

oben re.: 1. Reihe v.li.: Parlamentsvizedirektorin Susanne Janistyn,
Parlamentsdirektor Harald Dossi, Preisträgerin Barbara Helige,
Manfried Welan, Veranstaltungsteilnehmerin und der
Zweite Nationalratspräsident Fritz Neugebauer

unten: Musikalische Umrahmung durch Christian Bakanic
und Andrej Prozorov

2012

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und
Andreas Khol im Gespräch



**MAG.
HANS-PETER WIPPLINGER**

*Direktor der Kunsthalle Krems,
Kunstkurator des Parlaments 2014/2015*

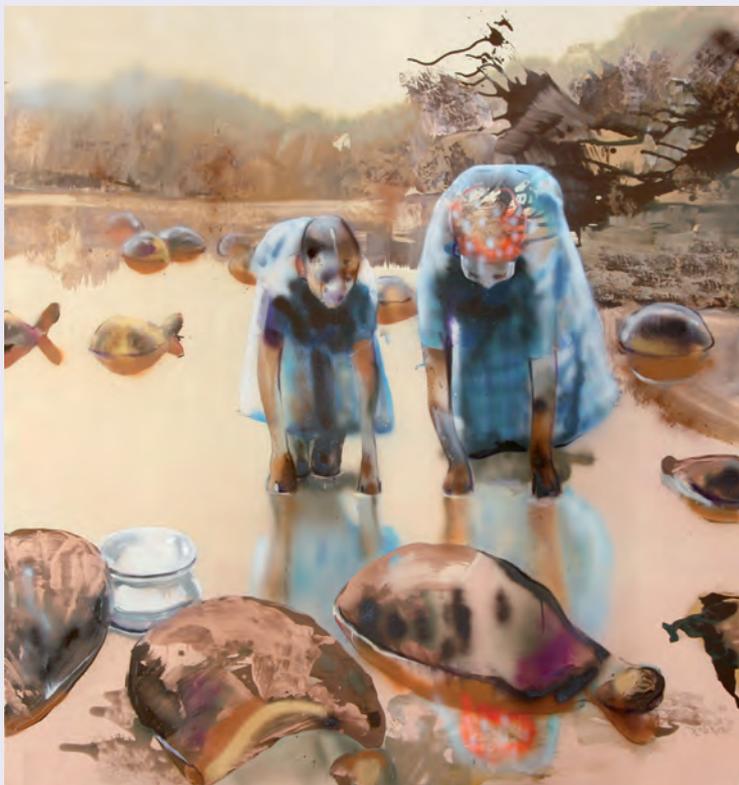
Zur zeitgenössischen Kunst im Parlament

Zeitgenössische Kunst hat ihren festen Platz im österreichischen Parlament. Man findet sie im Empfangssalon, der sogenannten *Präsidenten-Galerie*, wo sich etwa Xenia Hausners (*1951) Porträt von Heinz Fischer aus dem Jahre 2005 befindet, oder das 2007 gestaltete Relief von Josef Kern (*1953), der Andreas Khol porträtierte. Man findet sie an den Wänden der Gänge, in den Treppenhäusern bis hinein in die Klubräumlichkeiten und Ausschusslokale. *konkret – abstrakt*, so der Titel der Sonderpräsentation, die den Abgeordneten sowie den MitarbeiterInnen und BesucherInnen des Parlaments derzeit 15 künstlerische Positionen der Gegenwart vorstellt. Von arrivierten Künstlern wie Ernst Caramelle (*1952) bis hin zu *emerging artists* wie Nick Oberthaler (*1981) wird die kunsthistorische Tradition der Abstrakten Kunst reflektierend durchschritten und das gestalterische Repertoire und Gedankenmaterial einer mehr als hundert Jahre alten Stilrichtung neu interpretiert und für das Heute aktualisiert.

Wer Kunst präsentiert, lädt ein zum Gespräch, denn Kunst bedeutet Kommunikation. Auch und gerade im Parlament – als einer Stätte der Begegnung und des offenen Austausches, einem Ort des ständigen und stetigen Verhandelns gesamtgesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen – kann Kunst als Anregung zur Reflexion und zum erweiterten

Diskurs verstanden werden. Sich mit Kunst auseinanderzusetzen, impliziert, mit offenen Sinnen durch die Zeit zu reisen, differenziert wahrzunehmen, was war, was ist und was werden könnte. Gerade auch das fiktive Moment von Kunst, jene dehnbare Zone zwischen Wirklichkeit und Vorstellung, kann gedanklichen Freiraum eröffnen. Man mag auf einen Gipfel steigen, um sich neue Perspektiven zu eröffnen. Oder ein Bild betrachten, eine Skulptur umschreiten: Auch Kunst birgt das Potenzial, den Erkenntnishorizont zu weiten und scheinbar zementierte Grenzen zu überwinden.

Einem Plädoyer für die Kraft künstlerischer Kreativität, welche Offenheit gegenüber neuen Sichtweisen evoziert und die Bereitschaft zur ständigen Korrektur von Denkschemata ermöglicht, hätte sich mit Gewissheit auch Margaretha Lupac angeschlossen. Österreichische KünstlerInnen der Gegenwart zu fördern, „um den Stellenwert der Kunst als Indikator gesellschaftlicher Strömungen zu unterstreichen“ ist das erklärte Ziel der Stiftung. Gerade die Auseinandersetzung mit Kunst der jüngeren Generation, welche als Seismograf für relevante Entwicklungen gelesen werden kann, macht aufmerksam auf Sachverhalte, die Menschen bewegen, als Individuum, aber auch als Mitglied einer Zivilgesellschaft. So sind es neben den von Nationalratspräsident Khol initiierten



MAJA VUKOJE

Ohne Titel (agua 2), 2005

JOHANNA KANDL

Ohne Titel (Die Betriebsbesichtigung...), 2001



Die Betriebsbesichtigung
Im Mega-bauMax in Wien-Stadl, am 3. September 1997, um ca. 6h abends.

Sonderausstellungen, die seit 2005 jährlich stattfinden und von seiner Nachfolgerin Barbara Prammer mit Engagement und Leidenschaft fortgesetzt wurden, nicht zuletzt die Aktivitäten der Margaretha Lupac-Stiftung, welche dazu beitragen, zeitgenössische Kunst in den Fokus zu rücken und durch Kunstankäufe für das Parlament ausgewählte Einzelpositionen zu stärken.

Wenn dies laut Satzung auch nur „in eingeschränktem Ausmaß“ möglich ist, so ist es umso erfreulicher, dass drei von fünf der bisher durch die Stiftung erworbenen Werke im Rahmen der *Kunstaustellungen im Parlament* angekauft wurden. Bereits unter Peter Pakesch, der in den Jahren 2005 und 2006 mit der Ausstellungskonzeption betraut war, fanden Gemälde der in Wien lebenden und arbeitenden Künstlerinnen Johanna Kandl (*1954) und Maja Vukoje (*1969) Eingang in die sogenannte *Galerie Parlament*. 2010 erhielt eine Fotoarbeit des Linzer Künstlers Anton S. Kehrer (*1968) durch von der Stiftung bereitgestellte Mittel ihren festen Platz im Haus: Das Werk aus dem Jahr 2007, das zunächst Bestandteil der von Stella Rollig kuratierten Präsentation *Zeichnung und Fotografie I* war, bildet seither einen Blickfang an der stark frequentierten Nahtstelle von BesucherInnenzentrum und Pressezentrum im zweiten Untergeschoss des Gebäudes.

ANTON KEHRER

lightflow_colourfield (black&red), 2007

ERNST BRUZEK

Welt-offen, 2012

lightflow_colourfield (black&red) betitelte Kehler die Fotografie, welche mit ihren großen monochromen Farbflächen an Color Field Paintings erinnert. „To us art is an adventure into an unknown world, which can be explored only by those willing to take the risk“, so der Wegbereiter der Farbfeldmalerei Mark Rothko (1903–1970) in einem Manifest aus dem Jahr 1943. Dem amerikanischen Pionier in der Grundhaltung verwandt, verlässt auch Kehler mit seiner genreübergreifenden Herangehensweise bekannte Pfade: „Es geht in meiner künstlerischen Arbeit vor allem um die Themen Auflösung und Grenzüberschreitung, auch im Sinne von Vernetzung und ganzheitlichem Denken“, so der Künstler. Dass es sich bei den von ihm analog fotografierten Sujets um ein Tankstellendach, einen Kosmetiksalon oder um eine Leuchtreklame handelt, also um alltäglich im Vorübergehen Wahrgenommenes, bleibt vom Rezipienten unerkant. Kehler zeigt Ausschnitte von Welt, die nichts mehr mit jener Idee vom Fenster zur Welt gemein haben, wie sie in der Renaissance für die Malerei etabliert wurde. Ohne jeglichen Bezugsrahmen gleichen seine seriellen Lichtbilder vielmehr einem Blick durch ein Kaleidoskop, welcher einem bekannten Aspekt einen unerwarteten Reiz verleiht.

Sind es bei Kehler Malerei und Fotografie, die sich überlagern, so entzieht sich auch das Werk von Maja Vukoje einer gattungsmäßigen Zuordnung. Ihr unbetitelttes Bild (*agua 2*), dem man auf dem Weg zum Büro der Nationalratspräsidentin Doris Bures im Stiegenaufgang begegnet, steht exemplarisch für die gestalterische Strategie der Künstlerin: Bild- und Materialcollage, Spray- und Abdrucktechniken, fotografische Projektionen, klassische Maltechniken – alles verbindet sie zu intermedialen Bildern von formaler wie inhaltlicher Dichte.





HANS FRONIUS

Parlament, 1977

Vukoje, die in Belgrad aufwuchs und – ähnlich wie Margaretha Lupac – Erfahrungen mit einem totalitären Regime machte, reflektiert in ihrem Werk nicht nur ihren eigenen Migrationshintergrund. Auch Themen wie Postkolonialismus, Geschlechterkonstruktion oder Umweltzerstörung werden bildnerisch umkreist. Doch dies ohne moralisierenden Fingerzeig. Die Vielschichtigkeit der von Vukoje geschaffenen Bildräume, in denen sich kulturelle Kodierungen überlagern, erzeugt ein „visuelles Rauschen“, das keine eindeutige Lesart erlaubt. Die vorsichtige Annäherung des Betrachters ist intendiert: Nur eine leichte Verschiebung im Referenzsystem der Wahrnehmung und Arkadien gerät zum Alptraum, ein Kinderreigen zum Kampf, die Wasserstelle zum lebensbedrohlichen Sumpf. Vukojes Werke können als Metaphern für die Brüchigkeit menschlicher Existenz und allen irdischen Seins interpretiert werden. Aber auch als Sinnbilder für die „Einheit in der Vielheit“ im Sinne eines die verschiedenen Kulturen verbindenden gemeinsamen höheren Prinzips.

Kunst kann betören und stören, sie kann beglücken und bestürzen. Die beiden oben beschriebenen Werke von Anton S. Kehrer und Maja Vukoje, die sich heute dank der Ankaufsmittel der Margaretha Lupac-Stiftung im österreichischen Parlament befinden, sind hierfür gute Beispiele. Wie Politik braucht auch Kunst Partizipation und gelebte Teilhabe. Wer ein Kunstwerk betrachtet, nimmt eine aktive Haltung ein. Dass Kunst dazu beitragen kann, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, ist fraglich. Ihre impulsgebende Kraft liegt weniger in einer didaktischen Absicht als im Dissens. Künstler geben nichts vor, sie bieten etwas an. Erst durch die Brüche und Differenzen, die entstehen, wenn wir die Wahrnehmung unserer Umwelt wie unseres Selbst mit dem abgleichen, was das Bild an Wirklichkeiten offeriert, entstehen neue individuelle wie kollektive Weltansichten. Um mit den Worten des französischen Philosophen Jacques Rancière (* 1940) zu schließen: „Eine kritische Kunst ist eine Kunst, die weiß, dass ihre politische Wirkung sich durch die ästhetische Distanz vollzieht.“



Preise der Margaretha Lupac-Stiftung

DEMOKRATIEPREIS

- 2004 International Business College Hetzendorf
.....
- 2006 Joseph Marko
.....
- 2008 Ganztagsvolksschule Europaschule im 20. Bezirk
.....
Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen
.....
- 2010 Gitta Martl, Generalsekretärin Verein Ketani
.....
Heidi Schrod, Direktorin Gymnasium
Rahlgasse Wien
.....
Verein Frauen aus allen Ländern, Kultur-,
Bildungs- u. Beratungsinitiative in Innsbruck
.....
- 2012 Barbara Helige, Präsidentin der Vereinigung der
österreichischen RichterInnen
.....
Jugendplattform und Jugendinitiative
Zukunftsforum Windhaag
.....
Mauthausen Komitee Österreich
.....
- 2014 Verein Jugendbeteiligung Dornbirn
.....
Forum Informationsfreiheit
Die erste österreichische Bürgerrechtsorganisation
für das Recht auf Zugang zu Information
.....

WISSENSCHAFTSPREIS

- 2005 Autorengemeinschaft
Wolfgang C. Müller, Marcelo Jenny,
Barbara Steininger, Martin Dolezal,
Wilfried Philipp und Sabine Preisl-Westphal
.....
Patricia Heindl
.....
- 2007 Emmerich Tálos und Herbert Obinger
.....
Astrid Dietrich
.....
- 2009 Gerald Stourzh
.....
Hubert Sickinger
.....
- 2011 Christiane Spiel
.....
Eva Kreisky gemeinsam mit den
NachwuchsforscherInnen Matthias Falter und
Saskia Stachowitsch
.....
- 2013 Wolfgang Mantl
.....
Sieglinde Rosenberger
.....
Robert Luft
.....

Kuratoriumsmitglieder der Margaretha Lupac-Stiftung

XXII. GP:

Präsident des Nationalrates

Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol

Präsidenten des Bundesrates

Herwig Hösele, Hans Ager, Jürgen Weiss,
Anna Elisabeth Haselbach, Mag. Georg Pehm,
Peter Mitterer, Sissy Roth-Halvax,
Gottfried Kneifel

Zweiter Präsident des Nationalrates

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fischer

Dritter Präsident des Nationalrates

Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn

NR-Abg. Dr.ⁱⁿ Ulrike Baumgartner-Gabitzer

NR-Abg. Kurt Eder

NR-Abg. Dr.ⁱⁿ Helene Partik-Pablé

NR-Abg. Karl Öllinger

o. Univ.-Prof. MMag. Dr. Wilhelm Brauneder

Dr. Peter Jankowitsch

Dkfm. Dr.ⁱⁿ Maria Schaumayer

Karl Schwarzenberg

XXIII. GP:

Präsidentin des Nationalrates

Mag.^a Barbara Prammer

Präsidenten des Bundesrates

Gottfried Kneifel, Manfred Gruber,
Mag. Wolfgang Erlitz,
Helmut Kritzingner, Jürgen Weiss

Zweiter Präsident des Nationalrates

Dr. Michael Spindelegger

Dritte Präsidentin des Nationalrates

Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek

NR-Abg. Dr.ⁱⁿ Elisabeth Hlavac

NR-Abg. Dr.ⁱⁿ Ulrike Baumgartner-Gabitzer/

NR-Abg. Dr.ⁱⁿ Gertrude Brinek (*ab 29.3.07*)

NR-Abg. Karl Öllinger

NR-Abg. Mag. Dr. Martin Graf

NR-Abg. Ursula Haubner

o. Univ.-Prof. MMag. Dr. Wilhelm Brauneder

Dr. Peter Jankowitsch

Dr.ⁱⁿ Helene Partik-Pablé

Dkfm. Dr.ⁱⁿ Maria Schaumayer

Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Gabriella Hauch (*ab 15.6.07*)

XXIV. GP:

Präsidentin des Nationalrates

Mag.^a Barbara Prammer

Präsidenten des Bundesrates

Jürgen Weiss, Harald Reisenberger, Erwin Preiner,
Peter Mitterer, Martin Preineder, Gottfried Kneifel,
Mag.^a Susanne Kurz (Neuwirth), Gregor Hammerl,
Georg Keuschnigg, Edgar Mayer, Reinhard Todt

Zweiter Präsident des Nationalrates

Fritz Neugebauer

Dritter Präsident des Nationalrates

Mag. Dr. Martin Graf

NR-Abg. Mag.^a Andrea Kuntzl

NR-Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Beatrix Karl/
NR-Abg. Ridi Steibl (*ab 10.2.10*)

NR-Abg. Mag.^a Heidemarie Unterreiner

NR-Abg. Ursula Haubner

NR-Abg. Karl Öllinger

o. Univ.-Prof. MMag. Dr. Wilhelm Brauneder

Dr. Werner Fasslabend

Dr. Peter Jankowitsch

Dr.ⁱⁿ Helene Partik-Pablé

NR-Abg. Mag.^a Brigid Weinzingner

XXV. GP*:

Präsidentin des Nationalrates

Mag.^a Barbara Prammer/Doris Bures

Präsidenten des Bundesrates

Reinhard Todt, Michael Lampel,
Ana Blatnik, Sonja Zwazl

Zweiter Präsident des Nationalrates

Karlheinz Kopf

Dritter Präsident des Nationalrates

Ing. Norbert Hofer

NR-Abg. Mag.^a Andrea Kuntzl

NR-Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Beatrix Karl

NR-Abg. Elmar Podgorschek

NR-Abg. Matthias Köchl

NR-Abg. Mag. Christoph Vavrik

Mitglied des Bundesrates

Mag. Gerald Zelina

**(Stand 1.1.2015)*

Jury-Mitglieder der Margaretha Lupac-Stiftung

XXII. GP:

Dr.ⁱⁿ Brigitte Bierlein,
Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes

Dr.ⁱⁿ Sonja Puntischer Riekmann,
*Österreichische Akademie der Wissenschaften,
Abteilung Institutioneller Wandel*

Univ.-Doz. DDr. Oliver Rathkolb,
Wissenschaftlicher Leiter des Demokratiezentrum Wien

Univ.-Prof. DDr. Manfred Welan,
Universität für Bodenkultur, Institut für Wirtschaft, Politik und Recht

Dr.ⁱⁿ Monika Lindner,
Generaldirektorin des ORF

XXIII. GP:

Dr.ⁱⁿ Brigitte Bierlein,
Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes

Dr.ⁱⁿ Sonja Puntischer Riekmann,
*Österreichische Akademie der Wissenschaften,
Abteilung Institutioneller Wandel*

Univ.-Doz. DDr. Oliver Rathkolb,
Wissenschaftlicher Leiter des Demokratiezentrum Wien

Univ.-Prof. DDr. Manfred Welan,
*Universität für Bodenkultur, Institut für Wirtschaft,
Politik und Recht*

Dr.ⁱⁿ Monika Lindner,
*Generaldirektorin des Österreichischen Rundfunks
(bis 31.12.06 GD, Mitarbeit bis 2007)*

Dr. Alexander Wrabetz,
Generaldirektor des ORF (ab 2007)

XXIV. GP:

Dr.ⁱⁿ Brigitte Bierlein,
Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sonja Puntischer Riekmann,
*Universität Salzburg, Leiterin des Salzburg Centre
of European Union Studies*

Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb,
Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien

em. Univ.-Prof. DDr. Manfred Welan,
BOKU Wien

Dr. Alexander Wrabetz,
Generaldirektor des ORF

XXV. GP:

Dr.ⁱⁿ Brigitte Bierlein,
Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Sonja Puntischer Riekmann,
*Universität Salzburg, Leiterin des Salzburg Centre
of European Union Studies*

Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb,
Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien

em. Univ.-Prof. DDr. Manfred Welan,
BOKU Wien

Dr. Alexander Wrabetz,
Generaldirektor des ORF

STATISTIK

Kunstankäufe der Margaretha Lupac-Stiftung

Johanna Kandl
Ohne Titel (Die Betriebsbesichtigung), 2001

Maja Vukoje
Ohne Titel (agua 2), 2005

Anton Kehrer
lightflow_colourfield (black& red), 2007

Hans Fronius
Parlament, 1977

Ernst Bruzek
Welt-offen, 2012

Publikationen der Margaretha Lupac-Stiftung

Publikation zum 100. Geburtstag von
Margaretha Lupac, 2010 (*vergriffen*)

Tätigkeitsbericht
der Margaretha Lupac-Stiftung 2004–2014, 2015

FOTOGRAFINNEN (Seitenangaben):

Ingo Pertramer (6)

Fundraising Verband Austria/Schedl (17)

Parlamentsdirektion/Michael Buchner (64, 66)

*Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Jacqueline Godany
(30, 40, 41, 42, 55 li. unten, 57 li. unten, 57 re. oben,
58 beide re. oben, 58 li. unten)*

*Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany
(19, 25 re., 29, 33 re., 38, 43, 44 li., 46, 49, 51, 52, 55 oben,
56 unten, 58 re. unten, 60, 61 re. oben, 61 li. unten, 62)*

Parlamentsdirektion/Willibald Haslinger (2, 12, 57 re. unten)

Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer (36)

Parlamentsdirektion/BKA/Hans Hofer (57 li. oben)

*Parlamentsdirektion/Bettina Mayr-Siegl
(31, 33 li., 39, 55 re. unten, 58 li. oben)*

Parlamentsdirektion/Carina Ott (32, 56 oben)

Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS (5)

*Parlamentsdirektion/Mike Ranz
(Cover, 4, 9, 14, 24, 25 Mitte und li., 35, 37, 47, 48, 54, 59, 61 li. oben)*

*Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles/Mike Ranz
(15, 27, 28 unten, 45, 53, 67)*

*Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz
(7, 22, 26, 28 oben, 44 re., 50, 61 re. unten)*

Parlamentsdirektion/WILKE (8, 20)

Parlamentsdirektion/Bernhard Zofall (65)



**MARGARETHA
LUPAC
STIFTUNG**

für Parlamentarismus
und Demokratie

Wien, im Februar 2015